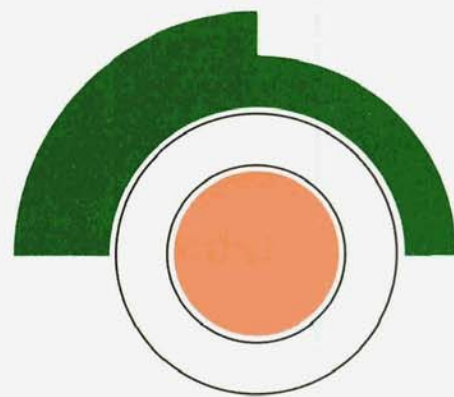


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 8



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 26. 4. 1994

WORT UND WIDERWORT

Sollen Raucher zusätzlich belastet werden?

*Die Industrie, die für Zigaretten-, Alkohol- und Arzneimittelwerbung zigmillionen Mark aufwende, müsse wie in der Werbung für Zigaretten auf die Gesundheitsrisiken aufmerksam machen. Zu denken sei auch an schärfere Bestimmungen bei der Werbung für derartige Suchtmittel. Es gehe nicht darum, Suchtmittelabhängige zu schröpfen. Das Andrehen der Steuerschraube sei keine Hilfe, meint der SPD-Abgeordnete **Wolfram Kuschke**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, bevor Raucher zusätzlich belastet würden, müßten zuerst die Gesundheitserziehung und Aufklärung sowie der Nichtrauchererschutz massiv verbessert werden. Zu fordern sei ein Verbot der Tabakwerbung, des Rauchens in öffentlichen Gebäuden und am Arbeitsplatz sowie der schrittweise Abbau aller Zigarettenautomaten. Der F.D.P.-Abgeordnete **Rudolf Wickel** vermutet, es gehe nur darum, Vorwände zu finden, daß die Raucher in der Gesellschaft wie Parias behandelt würden. Liberale hätten grundsätzlich Einwände gegen staatliche Bevormundungen. Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen gehöre zu den Grundwerten der Verfassung. Es gelte auch für Raucher. Der GRÜNE-Abgeordnete **Daniel Kreutz** unterstreicht, daß die Menschen zur Kompensation unangenehmer Empfindungen oder zur Steigerung von Selbstwertgefühlen auf Ersatzhandlungen auswichen, die teils mit Drogengebrauch verbunden seien, das würde ihnen in vielfältigsten und subtilsten Formen von Kindesbeinen an beigebracht. Mit Millionenaufwand betrieben die Tabakdealer Werbung. Der Staat finde nichts dabei und streiche die Steuern ein.*

(Seite 2)

Einert zerstreut in Fragestunde grüne Bedenken

Ahaus wird kein atomares Endlager

Die Landesregierung werde nicht zulassen, daß Ahaus zum atomaren Endlager werde. Das versicherte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) in einer Fragestunde des Landtags.

In seiner Antwort auf eine Dringliche Anfrage der wissenschaftspolitischen Sprecherin der Grünen, Dr. Katrin Grüber, erklärte Einert, die für das Brennelementzwischenlager Ahaus erteilten Genehmigungen zur Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente enthielten eine zeitliche Befristung maximal bis zum Jahr 2027. Auch hieraus sei erkennbar, daß Ahaus kein Endlager werde.

Der Minister verwies ferner auf den gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder aus dem Jahre 1979, dessen Ziel es eindeutig gewesen sei, deutlich zu machen, daß das Brennelementzwischenlager Ahaus kein Endlager werde und daß mit Nachdruck für die Bereitstellung eines geeigneten nuklearen Endlagers gesorgt werden müsse. Die Landesregierung stehe nach wie vor zu diesem Beschluß. Einert unterstrich, er gehe davon aus, daß die Bundesregierung ihrer gesetzlichen Pflicht im Atomgesetz nachkomme, nämlich

für die Bereitstellung eines Endlagers zu sorgen. Der Minister nannte als spätesten Zeitpunkt der Bereitstellung das Jahr 2027. Nordrhein-Westfalen werde allen Bestrebungen entgegentreten, die Zwischenlagerung als Entsorgungsweg festzuschreiben.



Mannmann

Zeichnung: Paulmichl (Ruhr-Nachrichten)

Die Woche im Landtag

Bürokratieabbau

Nationale und immer komplizierter werdende europäische Gesetzgebung hemmen oft einen zügigen Abbau von Bürokratie. (Seite 3)

Reintegration

Die Landesregierung wertet die Reintegration von Roma in Skopje als Erfolg. Unterstützt wird sie darin von der Caritas in Essen. (Seite 9)

Schienenverkehr

Mehr Gütertransporte auf der Schiene durch zweigleisigen Ausbau der Strecke Köln — Venlo hält der Verkehrsausschuß für dringlich. (Seite 12)

Frauenhäuser

Mehr Spielräume für Haushalt und Personal erhalten die Frauenhäuser durch neue Förderrichtlinien. (Seite 15)

Kriminalität

Mit beeindruckenden Erkenntnissen in den Bereichen Organisierte Kriminalität und Zuwanderung ist eine Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung von ihrer USA-Reise zurückgekehrt. (Seite 18)

Westfalen

Die „Kleine Westfälische Geschichte“ von Wilhelm Kohl gibt einen komprimierten Überblick über die historischen Abläufe in Westfalen von den ältesten Zeiten bis heute. (Seite 21)

WORT UND WIDERWORT

Tabakwerbung verbieten und Automaten abbauen

Von
Wolfram Kuschke

Viel Rauch um nichts? Zu dieser Feststellung könnte man kommen, wenn man sich die immer wiederkehrende Diskussion um Sonderabgaben für Raucher vergegenwärtigt. In regelmäßigen Abständen fordern einzelne Politiker, Ärzte und Verbandsvertreter steuerliche Zuschläge für sogenannte Risikogruppen. Der letzte Vorschlag datiert von September 1993 und wurde durch Gesundheitsminister Seehofer vorgetragen.

Geht es hierbei aber tatsächlich um Gesundheitspolitik? Der Verdacht liegt nahe, daß das Geld zum Stopfen von Haushaltslöchern benutzt werden soll. Zu fragen ist auch, wo die Grenze der Risikogruppen gezogen werden soll. Endet diese beim Alkoholabhängigen oder erst beim Drachenflieger?

SPD: Risikozuschläge zielen am Kern des Problems vorbei

Die Vorschläge sind undurchdacht, und verantwortliche Gesundheitspolitiker sollten deshalb zum eigentlichen Thema zurückzukommen: Wie können wir den Umgang mit Drogen zum Gegenstand der Debatte machen?

Zigaretten und Alkohol können – zusammen mit psychoaktiven Arzneimitteln – der Einstieg in den Konsum illegaler Drogen sein. Um Jugendliche und selbst Kinder vor diesen Gefahren zu schützen, muß die Aufklärung besonders gut sein. Die Industrie, die für Zigaretten-, Alkohol- und Arzneimittelwerbung zigmillionen Mark aufwendet, muß hier ihren Beitrag leisten; so wie sie in der Werbung für Zigaretten schon auf die Gesundheitsrisiken aufmerksam machen muß. Zu denken ist auch an schärfere Bestimmungen bei der Werbung für derartige Suchtmittel. Notwendig sind also letztlich keine Schritte, um Suchtmittelabhängige zu schröpfen, sondern es geht um Maßnahmen des Gesundheitsschutzes. Das Andrehen der Steuerschraube ist keine Hilfe.

Von
Hermann-Josef Arentz

Forderungen, Raucher zusätzlich zu belasten, sind in den letzten Jahren mehrfach erhoben worden. Die Vorschläge reichen über eine weitere Anhebung der Tabaksteuer bis hin zu Risikozuschlägen für Raucher bei den Krankenkassenbeiträgen.

Fest steht: Rauchen gefährdet die Gesundheit. Durch die Folgen des Rauchens entstehen insbesondere den Krankenkassen enorme Folgekosten. Richtig ist aber auch: Raucher tragen durch die Tabaksteuer erheblich zur Finanzierung der Staatshaushalte bei. Allein in diesem Jahr nimmt der Bund 19,2 Milliarden Mark an Tabaksteuer ein. Seit 1980 ist die Tabaksteuer um rund 75 Prozent angehoben worden. An einer 20er Packung Zigaretten verdient der Staat mittlerweile nur an Tabaksteuer 2,90 Mark. Trotz der erheblichen Verteuerung des Rauchens ist

CDU: Bewußtseinswandel in der Bevölkerung

die Zahl der Raucher aber nur um drei Prozent zurückgegangen. Nach einer Repräsentativerhebung aus dem Jahr 1990 rauchen heute im Westen Deutschlands immer noch 39 Prozent der Bevölkerung. Zum Rückgang der Zahl der Raucher hat in erster Linie die verbesserte Aufklärungsarbeit und der damit einhergehende Bewußtseinswandel in der Bevölkerung beigetragen; nur in zweiter Linie die Verteuerung des Rauchens. Bevor Raucher zusätzlich weiter belastet werden, müssen zuerst die Gesundheitserziehung und Aufklärung sowie der Nichtrauchererschutz massiv verbessert werden. Folgende konkrete Punkte sind dabei zu fordern:

- Verbot der Tabakwerbung,
- Verbot des Rauchens in allen öffentlichen Gebäuden und am Arbeitsplatz
- Einschränkung der jederzeitigen Verfügbarkeit von Zigaretten durch den schrittweisen Abbau von allen Zigarettenautomaten, insbesondere auch zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Sollten diese Maßnahmen in letzter Konsequenz nicht ausreichen, sollte das Rauchen durch die Erhöhung der Tabaksteuer weiter verteuert werden.

Von
Rudolf Wickel

Der Kreuzzug gegen die Raucher nimmt in unserem Land immer skurrilere Züge an. Die Folterinstrumente der Anti-Raucher-Inquisition heißen Werbeverbot und Steuererhöhung. Der Kreuzzug gegen die Raucher ist an Intoleranz nicht mehr zu überbieten.

Wenn es wirklich dabei im Endeffekt um die Gesundheitsgefährdung gehen sollte, dann wären natürlich auch logischerweise ähnliche Kampagnen gegen alkoholische Getränke, gegen Süßwaren und Zucker, gegen Automobile, gegen Sport – schlicht gegen fast alle Dinge des täglichen Lebens – zu erwarten. Dann selbst das Dick-im-Sessel-Sitzen schadet der Gesundheit. Ich habe vielmehr den Eindruck, es geht nur darum, Vorwände zu finden, um die Bürger noch mehr abzuschöpfen als es ohnehin schon der Fall ist. Die Steuer- und

F.D.P.: Vorwände, um Bürger abzuschöpfen

Abgabenlast ist in Deutschland schon höher als in fast jedem anderen Land der Welt. Und der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, wofür man alles noch mehr Steuern und Abgaben zahlen muß.

Zu allem Überfluß würde der Schuß auch noch nach hinten losgehen, denn wenn die Steuern beim Tabak weiter erhöht würden, würde dem Zigaretten-smuggel in Deutschland, der schon jetzt überhand genommen hat, weiter Vorschub geleistet. Es muß endlich Schluß sein, daß die Raucher in unserer Gesellschaft wie Parias behandelt werden. Allen militanten Nichtrauchern sei gesagt, daß nach Angaben von Infratest 84 Prozent aller Bundesbürger strikt gegen gesetzliche Rauchverbote sind, fast dreiviertel der Befragten sind dafür, daß Raucherabteile in Bahnen und Flugzeugen erhalten bleiben. Der überwiegende Teil der Bevölkerung spricht sich auch für mehr Toleranz gegenüber den Rauchern aus. Liberale haben grundsätzlich Einwände gegen staatliche Bevormundungen. Das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen gehört zu den Grundwerten unserer Verfassung. Es gilt auch für Raucher. Und das soll auch so bleiben.

Von
Daniel Kreutz

Die neuere Diskussion über die Einführung von Bonus- oder Malus-Systemen in der Krankenversicherung halte ich für eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Zukunft einer solidarischen Krankenversicherung. Unser Gesundheitswesen richtet sich weniger denn je an gesundheitspolitischen als an finanz- und wirtschaftspolitischen Kriterien aus. Der Blick verengt sich auf den einzelnen, dem unterstellt wird, sein Verhalten und sein Lebensverhalten und damit seine Risiken selber zu bestimmen.

Die gesellschaftlich verursachten Risiken und Ursachen werden dabei außer acht gelassen. Man behauptet, es sei schließlich der freie Wille von Raucherinnen und Rauchern, zu rauchen. Und wer sich fürs Rauchen „entscheidet“, entscheide sich für eine willkürliche Schädigung

GRÜNE: Staat streicht die Steuern ein

seiner Gesundheit, für die die Solidargemeinschaft nicht haftbar gemacht werden könne. Daß wir aber zur Kompensation unangenehmer Empfindungen oder zur Steigerung von Selbstwertgefühlen auf Ersatzhandlungen ausweichen, die teils mit Drogengebrauch verbunden sind, wird uns in vielfältigsten und subtilsten Formen von Kindesbeinen an beigebracht. Mit Millionenaufwand werben die Tabak-Dealer an allen Ecken für die Ausbreitung der Nikotinsucht. Der Staat findet nichts dabei und streicht die Steuern ein. Wir leben in Verhältnissen, die Suchtverhalten als gesellschaftliche Erscheinung unvermeidlich reproduziert.

Deshalb ist es perfide, die Menschen, die mit ihrer Abhängigkeit, mit den Kosten des Rauchens, mit den erheblichen gesundheitlichen Risiken, den tatsächlichen Folgeerkrankungen und vielfach einem unverhältnismäßig frühen Tod schon mehr als genug „bestraft“ sind, gleichsam als „Mißbraucher“ der Krankenversicherung anzuprangern. Diese Debatte ist ein Meilenstein in die entsolidarisierte Ellenbogengesellschaft.

Nationale und europäische Gesetzgebung hemmen häufig den Kraftakt zum Abbau der Bürokratie

Die CDU-Fraktion hat bei der Debatte über ihren Antrag „Wachstumsbremsen in NRW beseitigen: Bürokratie abbauen“ die Landesregierung zu einem Kraftakt aufgefordert. Es müsse ein radikaler Schnitt gemacht werden. Es brauche eine Revolution auf dem Gebiet der Bürokratie. Auch von der F.D.P. wurde unterstrichen, daß die Genehmigungsverfahren im Lande viel zu lange dauerten. Die SPD wertete die Argumentation der Union mit der Feststellung ab, was gebracht worden sei, sei „an Schlagworten und Sprechblasen“ nicht zu überbieten gewesen, und die Grünen hielten der CDU „bornierte Wachstumsfixierung“ vor. Wirtschaftsminister Günther Einert und Umweltminister Klaus Matthiesen (beide SPD) unterlegten ihre Ausführungen mit Fakten. Sie betonten die Erfolge in NRW, das ein starkes Steuerland geworden sei, und unterstrichen die schwierige rechtliche Situation vor allem auch mit Sicht auf die Europäische Union.

Laurenz Meyer (CDU) wies auf die Tausende und aber Tausende Regelungen hin, die niemand mehr — insbesondere die betroffenen Betriebe — überblicken könne. Speziell die kleinen Betriebe hätten überhaupt nicht mehr die Chance, die Dinge im einzelnen zu überschauen. „Sie sind und fühlen sich einer Bürokratie auf allen Ebenen ausgeliefert.“ Die Ebenen würden sich nicht aktuell unterscheiden. Eigentlich habe es in der Vergangenheit am Ende der Legislaturperiode den Wettbewerb gegeben, wieviele Gesetze das entsprechende Gremium verabschiedet habe und wie viele Richtlinien, Verordnungen und Regelungen in der Bürokratie zur gerechteren Ausgestaltung des täglichen Lebens erlassen worden seien. „Diesen Prozeß müssen wir umkehren.“ Dazu wolle die CDU mit ihrem Antrag einen wenn auch radikalen Beitrag leisten.

Ernst-Otto Stüber (SPD) meinte, der CDU sei es vollkommen entgangen, daß es ein neues Programm „Impulse für die Wirtschaft“ gebe, in dem 18 bisherige Programme in sogenannten Bausteinen — Förderung, Beratung usw. — zusammengefaßt worden seien, und daß dieses Programm „Impulse für die Wirtschaft“ eine ganz hervorragende Übersicht und Transparenz bringe. Die Transparenz sei so groß, daß das Programm von der mittelständischen Wirtschaft ausdrücklich begrüßt und gelobt werde. „Sie müssen einmal die Vertreter der mittelständischen Wirtschaft und der Kleinbetriebe fragen, wa sie von diesem Programm halten. Sie werden nur Zustimmung hören“, sagte Stüber.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, erklärte, man müsse leider feststellen: „Wir müssen dieses Kabinett und diese Mehrheitsfraktion zum Jagen tragen.“ Sie seien nicht bereit, selbst Initiativen zu ergreifen. „Nur dann, wenn die Opposition Sie gehörig unter Druck setzt, bewegen Sie sich hin und wieder einmal“, sagte Tschoeltsch. Vom Kollegen Stüber hätte er erwartet, daß er bei diesen ersten



Zu viele gesetzliche Bestimmungen: v.l. Laurenz Meyer (CDU), Ernst-Otto Stüber (SPD), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD). Fotos: Schälte

Problemen, die man habe, wenigstens einmal den Versuch mache, der Opposition gegenüber zu sagen: Jawohl, es gebe Probleme, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern; aber man sei bereit, auch mit der Opposition zusammen zu Regelungen zu kommen, die die Wirtschaftskraft des Landes stärkten.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt der CDU vor, in ihrem Antrag zeige sich ihre „bornierte Wachstumsfixierung“ als Kehrseite ihres eigentlichen Desinteresses an den wirklichen Problemen dieses Landes: Massenerwerbslosigkeit, Strukturschwäche einer altindustrialisierten Region. „Wir meinen, daß Wachstum keine taugliche Strategie zur Überwindung der Erwerbslosigkeit ist“, meinte Busch. Man wisse ja, daß selbst bei höchsten Wachstumsraten die Beschäftigungseffekte äußerst gering seien. Notwendig dagegen wäre eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung. Zur Wachstumsschwäche merkte er an, es sei kein Versäumnis der Landesregierung, daß das Land NRW und speziell das Ruhrgebiet noch immer die Schwerpunktsektoren Kohle und Stahl habe.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sagte, die CDU mache Anmerkungen zu den Themen Wirtschaftswachstum in NRW, Transparenz und Effizienz und Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung, Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Eigenverantwortung der Kommunen und Übertragung staatlicher Serviceleistungen auf Private. Er bestreite überhaupt nicht, daß dies fünf ganz wichtige zentrale Themen für die wirtschaftliche, politische, ökologische und soziale Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen seien. Unbestreitbar sei, daß die Wirtschaftsstruktur insgesamt im Laufe der letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen robuster geworden sei, als sie früher einmal gewesen sei. In den vergangenen wirtschaftlichen Abschwüngen habe die Wirtschaftskrise bzw. der Konjunkturreinbruch überwiegend, oder, wie beim letzten Mal, fast ausschließlich in Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Alle Zahlen und alle Vergleichsreihen würden sehr deutlich zeigen, daß man sich zum ersten Mal — das sei zwar nur ein Trostpreis, aber immerhin — im Durchschnitt der üblichen Einbrüche und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse der übrigen Länder in der Bundesrepublik be-

finde. Wirtschaftskraft und Wirtschaftsentwicklung kämen nicht zuletzt in den Einnahmen des Landes zum Ausdruck. Nordrhein-Westfalen sei ein steuerstarkes Land geworden. Dies habe dazu geführt, daß man zu einem reinen Zahlerland im Rahmen des Finanzausgleichs geworden sei.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) stimmte zu, daß man sich anstrengen und bemühen müsse, die Dinge weiter zu verbessern unter dem Gesichtspunkt, daß nämlich die Frage der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und der Förderung der Wachstumskräfte heute nicht ein isoliertes Problem eines oder mehrerer Bundesländer sei. Es sei vielmehr ein Problem einer auch im internationalen Wettbewerb zunehmend komplizierter gewordenen nationalen Gesetzgebung, einer immer komplizierter werdenden Gesetzgebung der Europäischen Union und einer ungleichgewichtigen Anwendung der europäischen Rechtssetzung innerhalb der einzelnen europäischen Staaten. Als „häufig sehr fadenscheinig und ohne Substanz“ wertete der Minister die Kritik an den Genehmigungsbehörden. Als Genehmigungsfristen, mit denen man sich „verdammt gut“ sehen lassen könne, erwähnte er u. a. die Beispiele Großhohofen Thyssen Stahl mit einem Investitionsvolumen von 800 Millionen Mark und einer Bearbeitungsdauer von 8,5 Monaten sowie die Erdölchemie Köln mit einem Investitionsvolumen von 135 Millionen Mark und einer Bearbeitungsdauer von sechs Monaten und drei Tagen.

Wohlbefinden

Um der Landwirtschaft einen Anreiz zu geben, zukunftsorientierte, tiergerechte Alternativen in die Schweinehaltung einzubringen, habe die Landesregierung einen Wettbewerb „Tierrgerechte Haltung von Legehennen, Kälbern und Schweinen in der Landwirtschaft“ gestartet. Hierdurch sollten Betriebe ausgezeichnet werden, die durch ihre Haltungssysteme das Wohlbefinden der Tiere, deren Gesundheit und Leistungsfähigkeit fördern und einen hohen Hygienestandard mit optimaler Betriebssicherheit erreichen. Das teilt das Landwirtschaftsministerium auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Siegfried Martsch mit (Drs. 11/6927).



Im Beisein des Künstlers Professor Günther Uecker (l.) hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) am vergangenen Donnerstag dessen Werk „Interferenzen“ präsentiert. Uecker hat das Nagel-Kunstwerk für den Landtag Nordrhein-Westfalen geschaffen und stellte es auch persönlich vor. Frau Friebe nannte Uecker den „meistausgestellten und meistpublizierten Künstler in der Zeit der 60er Jahre bis heute“. Er habe bereits seit 1961 der ZERO-Gruppe in Düsseldorf angehört. Sie nannte Ueckers Werk „bereits heute ein Lebenswerk“ und erinnerte an die große retrospektive Uecker-Ausstellung 1988 in Moskau mit 820 Arbeiten und seine Retrospektive in München 1993. Im selben Jahr habe in Budapest die Ausstellung „Der geschundene Mensch“ gestartet, die demnächst in Israel, Süd- und Nordamerika sowie in Peking zu sehen sein werde. Uecker wende sich damit gegen Gewalt jeder Art.

Kontroverse um neue Wege in der Drogenpolitik

Voraussichtlich in Dortmund soll bundesweit der erste „Gesundheitsraum“ eingerichtet werden, in der sich Drogenabhängige unter medizinischer und sozialer Betreuung Heroin spritzen können. In der Aktuelle Stunde des Landtags am 21. April (beantragt von der CDU-Fraktion unter dem Thema „Regierungsziel Fixerstuben – Ein weiterer Schritt in Drogenelend“) kündigte Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) an, er werde einen entsprechenden Antrag auf Sondergenehmigung beim Bundesgesundheitsamt (BGA) stellen. Die CDU hat in der Sache Vorbehalte geäußert und Kritik an der Drogenpolitik der Landesregierung geübt.

Hermann-Josef Arentz (CDU) sah in den Fixerstuben „Räume zur weiteren Zerstörung der Gesundheit durch Drogen“. Die Schweizer Erfahrungen damit seien nicht dazu angetan, das Experiment in NRW zu wiederholen, denn die beiden Städte, Basel und Zürich, seien „heute mehr denn je zu Hochburgen des Drogenkonsums, des Drogenelends, der Beschaffungskriminalität und des Drogentourismus geworden“. Der Vorschlag des Ministers widerspreche eindeutig Recht und Gesetz, er sei darum vom BGA nicht zu genehmigen. Ein Staat, der Fixerstuben einrichte, wo Drogen genommen werden können, obwohl deren Besitz und Erwerb strafbar seien, unterhöhle Recht und Gesetz und mache sich lächerlich. Für die CDU bleibe die Prävention nach wie vor Eckpfeiler ihrer Drogenpolitik. Fixerstuben verkürzten nicht die Zeit von Abhängigkeit und Konsum, sondern verlängerten sie vielmehr, und sie seien sehr teuer: damit kosteten sie Geld, das bei den wirklichen Hilfen fehle.

Wolfram Kuschke (SPD) wies das Argument, die Landesregierung wolle Recht brechen, als ungeheuren Vorwurf zurück: Der Minister stelle den Antrag für ein wissenschaftlich begleitetes Projekt. Es gehe nicht um ein Betäubungsmittelgesetz, das dem Unternehmen möglicherweise im Wege stehe, sondern darum, Menschen zu helfen und Lösungen aufzuzeigen. Dann müsse das Gesetz geändert werden, erklärte Kuschke und unterstrich die hohe Übereinstimmung, die im Lande zwischen den Zielen der Drogenpolitik der Regierung und den in der Drogenarbeit Tätigen herrsche. Nach wie vor sei Abstinenz Eckpfeiler dieser Politik, entsprechende Therapieangebote würden vorgehalten und ausgebaut; die Ausgaben für Prävention und Prophylaxe würden heraufgesetzt; zu den Eckpfeilern gehörten aber auch repressive staatliche Maßnahmen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) kritisierte die ungeklärte rechtliche Situation und die fehlende klare Darstellung, wie der Versuch aussehen solle. Es gehe kein Weg daran vorbei, daß die Einrichtung von Fixerstuben „ein völlig falsches Signal der Verharmlosung von Drogenkonsum“ auszusenden drohe. Das sei verheerend für junge Menschen und kontraproduktiv zu allen Bemühungen um Aufklärung und Vorbeugung. „Es darf kein allgemeines freies und zeitlich unbegrenztes Angebot an eine beliebige Anzahl von Süchtigen sein“, fuhr Lanfermann fort und merkte an, auch der Süchtige müsse mithelfen. Aufbauend auf den Erfahrungen der Informationsreise des Gesundheitsausschusses in die Schweiz und in die Niederlande sollte die Möglichkeit zu einer gemeinsamen Drogenpolitik in NRW genutzt werden.

Daniel Kreutz (GRÜNE) wertete die Initiative des Ministers als einen „vergleichsweise bescheidenen Versuch der Überlebenshilfe gegen allzuoft tödliche Gefahren“. Es sei erwiesen, daß die prohibitive Drogenpolitik und das dominierende Abstinenzgebot für den Drogentod mitverantwortlich seien. Die CDU

denunziere ein Vorhaben, neue Wege der Überlebenshilfe für Abhängige auszuloten, als weiteren Schritt ins Drogenelend. Der CDU-Politiker, der dem Minister Komplizenschaft mit der Rauschgiftmafia unterstellt habe, solle sich öffentlich entschuldigen. Mit gleichem Recht übrigens könnte der herrschenden Prohibitionspolitik der Vorwurf gemacht werden, sie sichere den schwarzen Markt mit seinen Extraprofiten. Kreutz begrüßte für seine Fraktion mit allem Nachdruck den Vorstoß zur Errichtung eines Gesundheitsraums.

Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) stellte fest, nicht Einzelpunkte, sondern nur ein breites, in sich schlüssiges Konzept könne weiterhelfen; auf jeder Stufe des Behandlungssystems gehe es letztlich darum, ein suchtfreies Leben zu ermöglichen. Die Bezeichnung „Fixerstuben“ sei deklassierend gemeint, es gehe dabei um Gesundheitsräume, die medizinisch-pflegerisch und pädagogisch ausgerichtet seien. Es gehe nicht um die Kopie anderer – zum Teil gescheiterter – Einrichtungen, „unser Anspruch ist höher. Wir beabsichtigen, in einer ausgewählten Region mit vorhandenem dichten Behandlungsangebot unter wissenschaftlicher Begleitung die Einrichtung eines Gesundheitsraums modellhaft zu erproben“, betonte der Minister und widersprach, hier könne jeder wahllos hinkommen und die Situation mißbrauchen.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) warnte die Regierung davor, sich bei dem Versuch über geltendes Recht hinwegzusetzen. Auf dem Weg über den Bundesrat müsse sie vielmehr eine Änderung versuchen.

Vera Dedanwala (SPD) hielt nichts von „Denkverboten“ im Kampf gegen Drogen sucht und sah in den Gesundheitsräumen „die Hinzufügung eines winzigen Mosaiksteins in einer langen, langen Kette von Angeboten“.

Georg Gregull (CDU) hielt der Landesregierung vor, mit den Streichungen und Kürzungen der Mittel für die Jugend- und Familienhilfe vernachlässige sie die Prophylaxe. Nicht Fixerstuben, sondern die Stärkung der Familie und der Verbände sei der richtige Ansatz.

Jürgen Jentsch (SPD) machte der CDU den Vorwurf, obwohl Drogen an der nächsten Ecke zu bekommen seien, gaukle sie der Bevölkerung vor, das Problem mit alten Instrumenten in den Griff zu bekommen.

Roland Appel (GRÜNE) verlangte eine flächendeckende Einrichtung sowie eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, die es ermögliche, in diesen Stuben staatlich konzessioniert auch Heroin abzugeben.

Wilhelm Riebinger (CDU) nannte die Bezeichnung Gesundheitsstuben „irreführend und verharmlosend“, womit offenbar die Öffentlichkeit getäuscht werden solle.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) hielt es für den juristisch saubereren und politisch überzeugenderen Weg, die für den Versuch erforderliche gesetzliche Grundlage vorher zu schaffen.

Minister Franz Müntefering (SPD) korrigierte, Gesundheitsräume seien nicht dazu da, Drogen zur Vergütung zu stellen, sondern das Instrument, die saubere Spritze – mit der Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit dem Abhängigen.

Gemeinsames Anliegen Förderung der Frauen im Sport

Heidi Berger (SPD) hielt die Analyse und die Folgerungen durch die Anhörung voll bestätigt. Positive Rückmeldungen habe es von Sportlerinnen und vom Frauenbeirat des Landessportbundes gegeben. 1993 habe der Landtag die Pflege und Förderung des Sports als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen. Angesichts der wichtigen Funktion von Sport für das Gesundheitsverhalten, für soziale Bindungen und die Freiheit zur körperlichen Bewegung müßten alle Gruppen der Bevölkerung gleiche Chancen zum Sport haben. Schwellen und Hindernisse entmutigten noch Frauen und Mädchen. Im koedukativen Sportunterricht setzten Jungen ihre Interessen durch. Lehrer der Sekundarstufe I setzten Koedukation zunehmend aus. Leistungs- und Wettkampforientierung seien nur eine Seite der Sportmedaille. Kommunikation, Spaß, Geselligkeit müßten mit sportlichen Interessen verknüpft werden.

Leonhard Kuckart (CDU) begrüßte den gemeinsamen veränderten Antrag, in dem Forderungen der CDU aufgenommen worden seien. NRW habe schon viel getan, um Frauen in Führungspositionen des Sports zu bringen. Im Landessportbund solle für Frauenförderung gesorgt werden. Eine Professur für Frauen und Sport an der Sporthochschule werde von der CDU unterstützt. Im Sportunterricht müsse die Stundenzahl erhöht werden. Barrieren bei den von Frauen besonders gewünschten Sportarten wie Golf, Tennis und Reiten müßten weggeräumt werden. Bei Umweltkonflikten müßten Interessen abgewogen werden. Die WDR-Sendung „Querpaß“ solle sich des Themas annehmen. Ein Handlungskonzept solle die Landesregierung als Entwurf vorlegen. Den Grünen-Antrag könne die CDU nicht mittragen.

Michael Ruppert (F.D.P.) scherzte, der frühe Zeitpunkt im Plenum grenze an Frühsport, und bestätigte, daß Frauen in Führungs- und Leitungsfunktionen des Sports unterrepräsentiert seien. Vor Kurzschlüssen solle man sich aber hüten. Vielleicht entschieden sich manche auch anders. Dem hübschen Anliegen im SPD-Antrag, Vereinshäuser sollten so gestaltet sein, daß Mädchen und Frauen sich wohl fühlten, folge die F.D.P. nicht, weil das den Vereinen selbst überlassen bleiben

Klaus Stallmann (CDU) erläuterte, auch über Korruption sei zu reden. Die Dunkelziffer sei hoch. Durch organisierte Kriminalität (OK) wachse auch die Gefahr der Unterwanderung in der öffentlichen Verwaltung. Kriminalbeamte schlugen Alarm. Der Maßnahmenkatalog des Landschaftsverbands Rheinland sei zu begrüßen. Die Landesregierung solle einen Vorstoß im Bundesrat machen, um Gesetzeslücken zu schließen. Die Aufdeckung dürfe nicht dem Zufall überlassen werden.

Jürgen Jentsch (SPD) antwortete, dieser sensible Bereich müsse sehr ernstgenommen werden, aber es dürfe nicht der Eindruck vermittelt werden, der öffentliche Dienst sei korrupt.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) stimmte dem Antrag ausdrücklich zu. Der Innenmini-

Abgeordnete gegen überholte Rollen: Männer leiten Vereine, Frauen die Übungen

Der CDU-Antrag „Förderung der Frauen im Sport“ (Drs. 11/3178) wurde nach der Aussprache am 21. April gemäß der Beschlußempfehlung des Sportausschusses (Drs. 11/6863) für erledigt erklärt, nachdem die SPD-Fraktion sich zu Änderungen in ihrem Antrag „Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport“ (Drs. 11/3567) bereit erklärt hatte. Der SPD-Antrag wurde in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen bei Enthaltung der F.D.P. angenommen.

solle. Gute Erreichbarkeit der Einrichtungen zu fordern, wecke Illusionen.

Marianne Hürten (GRÜNE) meinte, die Plenardebatte gebe den Frauen im Sport einen gewissen Rückenwind, der aber wesentlich stärker werden müsse. Verbindliche Rechte und gesicherte Ansprüche brauchten die Frauen im Sport. Die Ausschlußempfehlung sei zu unverbindlich. Die Grünen wollten konkret Modellprojekte und ergänzte Richtlinien. Autonome Frauensportgruppen sollten

deren Vorabgesprächen zurück. Die Olympiabewerbung zeige, wie schwer eine nicht sexistische Sportberichterstattung in den Medien zu bekommen sei.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) formulierte als Ziel seiner Sportpolitik, allen in gleicher Weise Chancen zum Sport ihrer Neigungen und Fähigkeiten einzuräumen. Beide Anträge machten die größere Bedeutung von Sport für Frauen und Mädchen offenkundig, aber auch die nötigen Verbesserungen. Zur Koedukation im Sport habe es nie Weisungen



Frauen sollen auch sportlich mehr Förderung erfahren: v.l. Heidi Berger (SPD), Leonhard Kuckart (CDU), Michael Ruppert (F.D.P.), Marianne Hürten (GRÜNE) und Kultusminister Hans Schwier (SPD), der auch Sportminister des Landes ist.
Fotos: Schälte

gefördert und die Erfahrungen der kommerziellen Sportstudios einbezogen werden. Dort seien mehr Frauen als auf dem Sportplatz. In den Planungshilfen für kommerzielle Freizeitgroßanlagen in NRW kämen Fraueninteressen nicht vor. Verbindliche Frauenförderpläne für die Sporthochschule mit Zielquoten und Antidiskriminierungsvorschriften seien besonders wichtig. Der Frauenanteil der Studierenden sei hoch, bei den Professorinnen betrage er nur drei Prozent. Auch im Landessportbund müsse trotz Autonomie die Frauenförderung greifen. Die Einsamkeit der Männer in den Führungsgremien gehe auf

gegeben. Die Öffnung habe von selbst stattgefunden. Für bestimmte Altersstufen sei gemeinsamer Sport vernünftig, Ausnahmen müsse es geben. Von einer Gleichstellung von Frauen und Männern im Sport seien wir weit entfernt, in vielen anderen Feldern unterrepräsentiert. Führungspositionen seien eine Männerdomäne. Mehr als die Hälfte der Betreuung werde dagegen von Übungsleiterinnen geleistet. Das Angebot der Vereine entspreche nicht immer ihren Vorstellungen. Strukturen und Angebote der Vereine seien auf die Normalbiographie von Männern abgestimmt.

Über Vorteilsannahmen wird weiter beraten

Der CDU-Antrag „Vorteilsannahmen in der öffentlichen Verwaltung gezielt bekämpfen“ (Drs. 11/6915) wurde nach der Aussprache am 21. April in die Ausschlußberatung überwiesen.

ster habe von 157 Bestechungsdelikten sowie 1823 Straftaten von Bestechlichkeit und Vorteilsnahme im Jahr 1993 berichtet. In Hessen werde ein Gesamtschaden von 120 Millionen Mark angenommen. Sie schlage vor, den Erlaß über Innenrevision einzubeziehen.

Roland Appel (GRÜNE) bemerkte, beim Stichwort Korruption, vorher im Antragstitel, seien Beziehungen zwischen Wirtschaftsvertretern und Beamten zu nennen. Die

CDU-Vorschläge seien zu dünn. Im Lagebericht zur organisierten Kriminalität werde bereits eingehend berichtet. Die Grenzen zwischen Geschäftstüchtigkeit und Wirtschaftskriminalität seien fließend. Effektiver als das Strafrecht seien Akteneinsichtsrechte für Bürger.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte, die CDU brauche nicht Eulen nach Athen zu tragen, sondern solle in ihren eigenen Reihen handeln und in Bonn etwas tun. Spezielle Dienststellen seien nicht nötig. Bei Wirtschaftskriminalität seien Staatsanwälte und Polizeibeamte mit speziellen Kenntnissen wichtig. Die Landesregierung habe längst reagiert und als erste einen Lagebericht OK aufgestellt. Probleme gebe, Kenntnisse über Korruption zu erlangen, da Korrumpierende und Korruptierte sich einig seien, nichts bekanntwerden zu lassen.

Aktuelle Stunde Gentechnik in NRW

Drei Fraktionen sehen große Chancen

Mit einer Aktuellen Stunde, die die GRÜNE-Fraktion unter dem Titel „Aggressiv für Gentechnologie: Wirtschaftsminister ignoriert Gefahren und setzt aufs falsche Pferd“ beantragt hatte, begann das Plenum am 20. April. Den Grünen warfen der Wirtschaftsminister und die Redner von SPD, CDU und F.D.P. Horrorgemälde über Risiken vor und traten für breitere kontrollierte Forschung und Anwendung in NRW ein.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) äußerte, der Wirtschaftsminister fördere die Gentechnologie aggressiv ohne fundierte Grundlage. Er sei schlecht beraten. Für die Behauptung, die deutsche Industrie müsse wegen harter Rahmenbedingungen ins Ausland gehen, gebe es keinen Beweis. Das sei ähnlich wie alte Drohungen bei der Atomtechnik. Die Öffentlichkeit werde getäuscht, wenn auf eine kausale Therapie bei Rheuma und Arthrose verwiesen werde. Jede Mark für Gentechnik fehle für alternative Heilverfahren. Gentechnik-Werbung aus Landesmitteln sei Steuererschwendung. Versuche, Akzeptanz für die Risikotechnik zu schaffen, würden scheitern, weil die Bevölkerung nicht bereit sei, Lebensmittel aus dem Genlabor zu kaufen. Gentechnik löse keine Probleme, sondern schaffe welche. Freigelassene Organismen seien nicht rückholbar.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) berichtete, er habe im Zusammenhang mit Gentechnik nur von aggressiver Außenwirtschaftspolitik gesprochen. Die chemische Industrie sei in NRW der bedeutendste Wirtschaftszweig und beschäftige 200 000 Menschen. Jeder Arbeitsplatz habe zwei andere zur Folge. Etwa eine Million Menschen hänge von der Chemie-Industrie an. An der

denen nur wenige hier produziert worden seien. Gentechnik sei unverzichtbar für die moderne Pharmaforschung und werde bei unheilbaren Krankheiten wie Krebs, Alzheimer, Rheuma und Aids eingesetzt. Der Blutgerinnungsfaktor für Bluterkrankte werde jetzt ohne Spenderblut gentechnisch hergestellt und befreie Kranke von psychischen Belastungen. Der Weltmarkt für moderne Biotechnologie werde auf zehn Milliarden Mark geschätzt und bis zum Jahr 2000 auf 100 Milliarden. In USA gebe es 300 Produktionsanlagen und 20 000 Beschäftigte, in Deutschland sechs und 2000. Die SPD habe sich sehr langsam bewegt, aber „besser spät als nie“. Einert solle noch offensiver für die Gentechnik-Nutzung eintreten.

Irmgard Schmid (SPD) hielt Vergleiche mit der Atomenergie für abwegig. Erfolge zu leugnen, schade den Patienten. Zu geringe Akzeptanz sei zu bewundern. Viele Zuckerkrankte reagierten auf tierisches Insulin mit Allergien. Gentechnische Manipulation am Menschen lehne die SPD ab. Auf High-Tech-Märkten müsse Deutschland präsent sein. Die Landesinitiative komme nicht zu spät. Sie setze auf verantwortungsbewusste Wissenschaftler und überparteilichen Konsens.



Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) geht im Mai mit der von allen Beteiligten gestützten Landesinitiative Gentechnologie in die Öffentlichkeit.

wandt werden. Durch Patentieren von Erbsubstanz könne der menschliche Körper zum Gegenstand von Profitinteressen werden. Reproduktionstechnologien seien auch ein Angriff auf die Würde der Frauen. Die Grünen seien gegen Züchtung von Menschen durch künstliche Gebärmutter und geklonte Embryonen. Entgegen behaupteter Hindernisse in Deutschland seien Regelungen in USA und Japan strenger.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) begrüßte die Aktuelle Stunde, weil sie zeige, daß die Grünen völlig isoliert seien. Einert und die SPD hätten einen außerordentlichen Schwenk vollzogen. Deren Bundestagsfraktion habe noch 1993 eine Hürde nach der anderen aufgebaut. Einerts offensivem Kurs solle die SPD jetzt folgen. „Strengen Sie sich an“, forderte der Redner den Minister auf, denn sonst sei er für Arbeitsplatzverluste verantwortlich.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, wandte sich gegen den Unfug der Grünen und zitierte aus der Enquetekommission. Gegen Anwendungen am Menschen gebe es das Bundesgesetz. Gefährdungspotential könne auch durch pharmazeutische Produkte aus dem Ausland kommen. Mit deutschem Kapital im Ausland produzieren zu lassen, sei ohne Gespür für wirtschaftliche Zusammenhänge.

Laurenz Meyer (CDU) unterstützte nachdrücklich die Position von Einert, äußerte sich aber besorgt über weitere Verlagerungen von Arbeitsplätzen nach USA und Japan. Absolventen deutscher Universitäten gingen mangels Kapazität direkt in die USA und blieben dann dort, auch wegen der Verunglimpfung hier. Wenn Präparate fertig seien, würden auch die Grünen mit großer Freude darauf zurückgreifen. Es sei schon sehr spät. Genehmigungsbehörden wüßten, daß Anträge gar nicht erst gestellt würden. Das sei das Schlimmste.

Minister Günther Einert (SPD) wandte sich gegen Schuldzuweisungen in Richtung SPD. Die Bonner Regierungskoalition habe mit dem ersten unzulänglichen Gesetz Bockmist gemacht, die SPD habe die Novelle auf den Weg gebracht. Die Landesinitiative auf den Weg zu bringen, habe ihn ein Jahr gekostet. Im Mai werde sie der Öffentlichkeit vorgestellt.



Die Warnungen von Dr. Katrin Grüber (GRÜNE, l.) vor Risiken der Gentechnologie fanden bei den anderen drei Fraktionen im Landtag kein Echo (weiter v.l.): Dr. Jürgen Schwericke (CDU), Irmgard Schmid (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.). Fotos: Schälte

Branche festzuhalten, bedeute Produkte mit höherer Wertschöpfung. Der Weg führe zu neuen Verfahren mit Zellbiologie, Biomedizin, Bioinformatik und Biosensorik. Die am 9. März gegründete Landesinitiative solle gemeinsam von Industrie, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kammern und öffentlichen Institutionen getragen werden. Forschungspotentiale gebe es im Raum Köln, Aachen, dazu in Münster und Bielefeld. Anwendungsfelder seien Medizin, Umweltschutz, Pharmazie und Pflanzenzüchtung. Mit einer gefährlichen Mischung aus Arroganz und Dummheit würden von den Grünen Horrorgemälde an die Wand gemalt.

Dr. Jürgen Schwericke (CDU) hielt Ausführungen von Dr. Grüber, auch außerhalb des Landtags, für unsachlich. In Deutschland seien heute 250 Arzneimittel im Handel, von

Michael Ruppert (F.D.P.) hielt die Haltung der Grünen für aggressiv. Bereits verlorene Arbeitsplätze seien zu bedauern. Vor sechs Jahren habe die F.D.P. bereits davor gewarnt. Damals sei es um die Verlagerung der Produktion von Bayer nach Kalifornien gegangen. Statt die Menschen zu verunsichern durch Homunkulus-Gemälde, solle die Bedeutung auch für die Welternährung unterstrichen werden, wie durch Genschers vor zehn Jahren. Das Risiko auch für uns vermindere sich nicht durch Abwandern moderner Spitztechnologie. Es sei besser, sie im Lande und unter Kontrolle zu haben.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erklärte, mit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms würden Grundlagen für die Manipulation des Menschen gelegt. Vorgeburtliche Diagnostik könne zur Aussonderung ver-

Altenpflege wird in NRW aufgewertet

Nordrhein-Westfalen will am Ende dieses Jahres alle inhaltlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Reform der Berufe in der Altenpflege getroffen haben. Das verlautete bei der ersten Lesung des Altenpflegegesetzes im Entwurf der Landesregierung, das am vergangenen Mittwoch an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Frauenausschuß überwiesen wurde (Drs. 11/6873).

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) erläuterte, der Beruf des Altenpflegers, der Altenpflegerin sei weitgehend unter Wert gehandelt. Man tue gut daran, ihn in seiner Bedeutung aufzuwerten. Gesichert werde die Ausbildungsvergütung. Verbessert werde die Ausbildung, die künftig in einer dreijährigen integrierten Ausbildung durchgeführt werde. Aufgestoßen werde das Tor der Altenpflegehelfer- und Altenpflegehelferinnenausbildung, die es bisher so nicht gegeben habe. „Nicht zuletzt stärken wir die Infrastruktur der Hilfe in unserem Land, damit die Pflegeversicherung auch praktisch eingelöst werden kann.“

Anne Garbe (SPD) meinte, erste Priorität müsse sein, viele Interessentinnen und Interessenten für eine Ausbildung zur staatlich anerkannten Altenpflege zu gewinnen. Man brauche diese Fachkräfte dringend. Wie anders sollten die Pflegeeinrichtungen z. B. die Vorgaben der Heimpersonalmindestverordnung erfüllen, bis zum Jahr 1998 die Stellen in den Pflegeeinrichtungen zu 50 Prozent mit Fachkräften zu besetzen?

11 000 Fachkräfte gesucht

Georg Gregull (CDU) sagte, die Landesregierung müsse sich schlechte Noten bei der Lösung des Problems gefallen lassen. Die von ihr herausgegebenen Publikationen hätten Hoffnungen geweckt. Das politische Handeln habe damit nicht in Einklang gestanden.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) dankte den Landschaftsverbänden. Ohne ihr finanzielles Engagement wäre es schon längst zu einer Katastrophe in der Altenpflege gekommen. Lanfermann berief sich auf Regierungsangaben, wonach 11 000 Altenpflegerinnen und -pfleger benötigt würden.

Daniel Kreutz (GRÜNE) begrüßte es, daß die Landesregierung endlich eine Regelung beabsichtige, die alle Einrichtungen und Dienste in der Altenhilfe in die Refinanzierung der Ausbildungsvergütung einbeziehe, also nicht nur Heime, sondern auch Einrichtungen der Tagespflege und ambulante Dienste. Nur so könne vermieden werden, daß die Ausbildung der Abhängigkeit von stationären Einrichtungen entzogen werde.



Zu Beginn der 127. Sitzung des Landtags hatte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe Finanzminister Heinz Schlußer und dem Stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann zum Geburtstag gratuliert, als sie unterbrochen wurde. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose meldete sich zur Geschäftsordnung. Er hielt der Präsidentin vor, es sei zwar nicht ihre Art, den Landtag unvollständig und damit wahrheitswidrig zu unterrichten. Aber heute müsse er das doch beanstanden und nehme das aber gleich mit dem Bedauern zurück, „denn Sie haben es unterlassen — und das durften Sie nicht —, mit zu erwähnen, daß auch Sie heute Geburtstag haben“. Daraufhin gratulierte Klose (l.) im Namen der Kolleginnen und Kollegen und überreichte unter allgemeinem Beifall Frau Friebe (r.) einen Blumenstrauß. Vorne im Bild Präsidiumsmitglied Wilhelm Lieven (CDU)

Foto: Schälte

Zentralstelle für Sicherheitstechnik

Der Landtag hat dem Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts auf Antrag der Landesregierung zugestimmt. **Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) erklärte, um Produkte europaweit in Verkehr bringen zu können, sei es für die deutsche Wirtschaft unerlässlich, daß in der Bundesrepublik akkreditierte Stellen vorhanden seien, um nachteilige Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu vermeiden. Mit dem Abschluß des Abkommens werde zudem dokumentiert, daß die Länder in der Lage seien, unter Wahrung des föderativen Gedankens den Erfordernissen des gemeinsamen Marktes nachzukommen. Zu diesem Zweck sei die Errichtung der Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZLS) zwingend erforder-

lich. Da auch der Vollzug des Gefahrstoffrechts Aufgabe der Bundesländer sei, werde die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen im Vollzug des Gefahrstoffrechts (AKMP) eingerichtet. Laut Müntefering werden Bayern die ZLS und Hessen die AKMP errichten.

Irene und Peter Ludwig, international renommierte Kunstsammler, sind in ihrer Heimatstadt mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Aachen ausgezeichnet worden, die damit erstmalig einem Ehepaar diese Würde verlieh. Mit Leihgaben, Schenkungen und Museumsgründungen habe das Ehepaar Aachen zu einem Mittelpunkt in der Welt der Kunst und Kultur gemacht, heißt es in der Begründung. Die Ehrung fand vor rund 1000 Ehrengästen, darunter die Botschafter Ungarns, Kubas sowie der Russischen Föderation, inmitten der derzeitigen Ausstellung „Fluchtpunkt Moskau“ im Aachener Ludwig-Forum für Internationale Kunst statt.



Ein Wohnungsbauforum hat die F.D.P.-Fraktion im Landtag durchgeführt, bei dem u. a. die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Irmgard Schwaetzer zur Wohnungsbaupolitik Stellung nahm (siehe Seite 22). Das Bild zeigt v.l. Frau Schwaetzer, den Abgeordneten Hans-Joachim Kuhl, Dr. Rolf Tigge-mann (LEG), Emil Bast (Bast Bau GmbH) und vorne Dipl.-Volkswirt Kivelip (Landesverband Freie Wohnungsbaunternehmen).

CDU regt „Konzertierte Aktion“ zum Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit an

Ein breites Bündnis gegen die Jugendarbeitslosigkeit hat die CDU vorgeschlagen. Bei der Debatte des Landtags über den CDU-Antrag „Jugendarbeitslosigkeit in NRW bekämpfen — Gemeinsam handeln“ (Drs. 11/6987) teilte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) mit, daß Ende März 109 000 Jugendliche an Rhein und Ruhr keinen Arbeitsplatz gehabt hätten. Erstmals sei die Jugendarbeitslosigkeit genauso hoch (10,8 Prozent) wie die Gesamtarbeitslosigkeit.

Fritz Kollorz (CDU) machte darauf aufmerksam, daß inzwischen jeder zweite Jugendliche, der seine Ausbildung beendet habe, in die Arbeitslosigkeit gehe. Um diesem Problem beizukommen, rege seine Fraktion eine „Konzertierte Aktion“ an, an der nicht nur Mitglieder des Landtags und der Landesregierung, sondern auch Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen, Arbeitsverwaltung sowie die Landesarbeitsgemeinschaften der Jugendsozialarbeit und der Wohlfahrtsverbände beteiligt werden sollen. Als einen möglichen Ausweg schlug Kollorz befristete Arbeitsverträge für Jugendliche vor, um sie

erste Berufserfahrungen sammeln zu lassen; ferner sollten in Kombination mit Teilzeitarbeit berufliche Qualifizierung und Spezialisierung möglich sein.

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) sah den Vorschlag einer parteiübergreifenden Projektgruppe bereits — in anderer Form — verwirklicht: An vielen Stellen sei man schon dabei, an den Problemen vor Ort und auf Landesebene zu arbeiten. „Die jungen Leute müssen erkennen, daß diese Gesellschaft bereit ist, sie ins Arbeitsleben aufzunehmen. Das gilt sowohl für die erste als auch für die zweite Schwelle. Das ist im Jahre 1994 eine unserer gesellschaftspolitisch wichtigsten Aufgaben überhaupt“, erklärte der Minister und machte auf Maßnahmen und Erfolge aufmerksam, die die Landesregierung und andere Stellen bereits im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternommen und erreicht haben.

Hagen Tschölsch (F.D.P.) erklärte die Bereitschaft seiner Fraktion zur aktiven Mitgestaltung der Vorschläge des Antrags. Um das Schlimmste zu verhindern, daß nämlich

junge Menschen nach der Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden, müßten auch unkonventionelle Wege gegangen werden. Hier erinnerte der Sprecher an seinen Vorschlag, die Arbeitsämter in eine Arbeitsamt GmbH umzuwandeln, wo alle Arbeitslosen Beschäftigte dieser GmbH wären und von ihr als Verleihfirma in den Arbeitsmarkt eingeschleust werden sollen. Dadurch sei viel zu erreichen: Die Arbeitslosen seien arbeitsfähig und könnten stunden-, tage-, wochen- oder monatelang arbeiten, „der Übergang in den Arbeitsmarkt wäre dann viel leichter“.

Daniel Kreutz (GRÜNE) sah den Grund für die Lage im Rückzug der Unternehmen aus der Ausbildung als Folge der auch amtlich propagierten Politik der Senkung der Personalkosten. Die Deregulierung tue ein übriges. An dieser Politik sei die CDU beteiligt in Bonn, in Düsseldorf rufe sie nun „Haltet den Dieb!“ Dabei nutze sie nur die Gelegenheit, um den Prozeß der arbeitsmarktpolitischen Deregulierung weiter zu vertiefen. Teilzeitarbeit für junge Menschen erweitere nur den Kreis derjenigen, „die beim Eintritt ins Berufsleben Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben“. Die Einführung eines zweiten Arbeitsmarkts unter Tarif im großen Stil salonfähig zu machen, sei für ihn „besonders ätzend“, fand Kreutz und forderte eine Reihe besonderer „Tabubrüche“.

Loke Mernizka (SPD) knüpfte an die Zustimmung zu Vorschlägen wie Teilzeitarbeit für junge Menschen die Bedingung, daß die Jugendlichen dabei im Betrieb verbleiben könnten und ihr Anrecht auf einen Vollzeit Arbeitsplatz nicht verlören. Es sei zu begrüßen, daß die Gewerkschaften sich bereit gefunden haben, in Tarifverträgen auf Möglichkeiten dieser Art einzugehen. Das alles müsse auf betrieblicher und regionaler Ebene umgesetzt werden. Aber man dürfe den Eindruck nicht erwecken, daß es Patentrezepte gebe. Trotzdem sei die Initiative der CDU zu begrüßen, ebenso wie die Initiative der Landesregierung, auf regionalen Konferenzen die regionalen Probleme zur Sprache zu bringen. Wer das sonst so hochgelobte duale System nicht in Frage stellen wolle, der müsse genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen — und das sei nun einmal Aufgabe der Arbeitgeber.



Hilfen beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf erörtert (v.l.): Fritz Kollorz (CDU), Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD), Hagen Tschölsch (F.D.P.), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Loke Mernizka (SPD).

Fotos: Schälte

Jugendarbeit benötigt Kontinuität und verlässliche Grundlagen

Leitlinien für ein zu erlassendes Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), in denen Art und Umfang der Jugendförderung beschrieben werden, enthält ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE (Drs. 11/6999), der vom Plenum am 20. April an den federführenden Jugendausschuß überwiesen wurde.

Beate Scheffler (GRÜNE) mahnte eine präventive, langfristig gesicherte, kontinuierliche Jugendarbeit an. Das Gesetz solle dazu beitragen, „die Weiterentwicklung zu fördern, Rechtsansprüche zwischen Trägern der Jugendarbeit und den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe festzuschreiben“. Mit den Vorarbeiten zum Gesetz müsse begonnen werden; geredet worden sei genug, jetzt sei endlich Zeit zu handeln.

Heinz Hilgers (SPD) warnte davor, diesen Prozeß in einem neuen Feld der Politik „übers Knie zu brechen“. Es wäre besser, damit in der neuen Legislaturperiode anzu-

fangen. Es sei kein guter Vorschlag, einen Prozentsatz des städtischen Haushalts zwingend für die Jugendarbeit vorzuschreiben, das sei mit demokratischen Grundvorstellungen nicht vereinbar. Es sei der Dialog zu suchen mit den Kommunen, Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden, um einen Interessenausgleich zu finden.

Heidi Busch (CDU) sah in der Jugendpolitik eine besondere kommunale Herausforderung und Verantwortung. Ihre Verpflichtung bestehe nicht nur in Zeiten sprudelnder Staatseinnahmen: „Die Träger der öffentlichen und freien Jugendarbeit brauchen verlässliche Grundlagen und eine dauerhafte solide Finanzierung für ihre Arbeit.“ Seit Jahren schon rede man über das Ausführungsgesetz, da sei die Verschiebung in die nächste Wahlperiode nicht einzusehen.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) erinnerte daran, daß das KJHG am 1. Januar 1991 in Kraft getreten ist. Sie sprach sich „mit Vehemenz“ für den Antrag der Grünen aus, „weil er genau das widerspiegelt, was in den Kommunen und Verbänden diskutiert wird, nämlich die Frage der Planungssicherheit“. Hier habe die Landesregierung eine Bringschuld, die nicht in die nächste Legislaturperiode verschoben werden sollte. Bei dem geplanten Gesetz sollte darauf geachtet werden, nichts zu verbürokratisieren.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) vermißte in der Zeit knapper Mittel dieses Gesetz und unterstrich ebenfalls das Bedürfnis nach Kontinuität in der Jugendarbeit. Es gebe keine Zusage, daß das Gesetz noch vor 1995 komme, stellte er richtig und erinnerte an den Beschluß von 1991, daß keine kosten trächtigen Gesetze mehr verabschiedet werden sollen. Bis das Gesetz komme, sei darauf zu achten, daß die Jugendpolitik nicht untergepflegt werde. Derzeit arbeite man an einer Fortschreibung und Akzentuierung des Landesjugendplans.

Partnerschaft des Landes mit der Caritas beim Modell Skopje

Diözesanreferent Rudi Löffelsend, Partner der Landesregierung bei der Verwirklichung einer zukunftsweisenden Flüchtlingspolitik, zeigte sich nach der Aussprache im Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) rundum zufrieden. Er habe die weitgehende Übereinstimmung der Fraktionen als positiv empfunden, versicherte der schwergewichtige Mann vom Caritasverband in Essen, der bei der Verwirklichung des Modellprogramms der Reintegration von Roma im mazedonischen Skopje mit den Experten der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei an einem Strick gezogen hatte. Nach den Worten von Staatskanzleiminister Wolfgang Clement hat das Programm bewiesen, daß es möglich sei, von Armut bedrohten Menschen Chancen zur Integration zu geben. Das Modell Skopje dient der Regierung als Beleg für ihre neue Flüchtlingspolitik, Fluchtursachen vor Ort zu beseitigen. Wenn auch die CDU als größte Oppositionsfraktion die politischen Gründe für die Roma-Reintegration und die Notwendigkeit einer neuen Flüchtlingspolitik eher getrennt sehen wollte, unterstrich auch deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi, für die Union gebe es keine Alternative zu der politischen Aufgabe, Fluchtursachen durch Hilfe in den Heimatländern zu bekämpfen.

Neue Flüchtlingspolitik soll Fluchtursachen in armen Ländern beseitigen



Existenzgründungen und Sozialarbeit: v. r. Hauptausschußvorsitzender Reinhard Grätz, Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (beide SPD) und Rudi Löffelsend (Caritas).
Foto: Schälte

Wolfgang Clement erinnerte in einem Rückblick daran, daß es rund 600 Personen in 122 Familien gegeben habe, die sich freiwillig zur Teilnahme an dem Programm bereit erklärt hätten. Die bisherigen Kosten des Reintegrationsprogramms betrügen rund 14,85 Millionen Mark. Rein rechnerisch seien somit für jeden der 600 Programmteilnehmer 24700 Mark aufgewendet worden. Für die 122 zurückgekehrten Familien seien in einer Siedlung 114 Häuser mit einer Wohnfläche von je 52 Quadratmetern gebaut und acht Wohncontainer mit einer Wohnfläche von je 42 Quadratmetern bereitgestellt worden. Im wirtschaftlichen Umfeldprogramm seien bis Ende März 1994 217 Arbeitsplätze geschaffen worden.

„Seit Frühjahr 1992 wurden dazu fünf Betriebe gegründet, die 131 Arbeitsplätze bieten. Mit 46 Existenzgründungsdarlehen von durchschnittlich rund 7500 Mark konnten weitere 86 Arbeitsplätze geschaffen werden. Jede der Rückkehrerfamilien hat damit mindestens einen Arbeitsplatz“, betonte Clement. Er verwies darauf, daß die Caritas als Trägerin des Anfang 1993 neu konzipierten „sozialen Umfeldprogramms“ eine breit angelegte Sozialarbeit mit mazedonischen Fachkräften in den beiden Hauptsiedlungen für Roma in Skopje, in Shutka und Topana, begonnen habe. Nach seinen Angaben sollen für das wirtschaftliche und soziale Umfeldprogramm in diesem Jahr zwischen 2,2 und 2,5 Millionen Mark aufgewendet werden.

In seiner Situationsanalyse verwies der Minister darauf, es gebe in Mazedonien weder systematische Diskriminierung noch staatliche Unterdrückung gegenüber den Roma. Bei den Roma aus Skopje handele es sich

auch keineswegs um „fahrendes Volk, sondern um Familien, die zum Teil seit Jahrzehnten dort gesiedelt hätten. Clement ließ keinen Zweifel daran, daß es bei Projekten der Fluchtursachenbekämpfung nicht darum gehen könne, potentiellen Flüchtlingen eine Lebenssituation nach dem Standard westlicher Industriestaaten zu vermitteln. Vielmehr müsse es darum gehen, über die unmittelbare Bekämpfung von Armut hinaus Anreize und Grundlagen für strukturelle Veränderungen zu geben.

Erwähnung durch UNO

Bei der anschließenden lebhaften Aussprache meinte Frau Hieronymi, der Minister müsse sich die Frage stellen, inwieweit Skopje ein übertragbares Modell für die neue Flüchtlingspolitik sein könne. Ferner zeigte sie sich besorgt, ob Hilfe dauerhaft geleistet und angenommen werde. SPD-Fraktionschef Dr. Friedhelm Farthmann schloß aus den Worten der CDU-Sprecherin, es seien in der Beurteilung des Projektes keine Unterschiede mehr zu erkennen, eine Aussage, die von der Union indessen so eindeutig nicht akzeptiert wurde. Ihre Kritik äußerte GRÜNE-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn. Es sei damals einfach darum gegangen, einer Menschengruppe schmackhaft zu machen, die Bundesrepublik zu verlassen. SPD-Obmann Jürgen Büssow schlug vor, daß auch die übrigen Bundesländer solche Projekte durchziehen müßten. „Wir haben als Land unsere Grenzen erreicht“, meinte der Vorsitzende des Unterausschusses Europapolitik. Er empfahl ferner, daß je-

des europäische Land für bestimmte Regionen solche Maßnahmen durchführen sollte. Er konnte sich auch vorstellen, daß die UNO Projekte wie das des Landes NRW in Skopje auf internationaler Ebene als beispielhaft erwähne. Zuvor hatte der SPD-Sprecher ein dickes Lob an die Adresse von Rudi Löffelsend gerichtet. „Man kann sagen, ohne das Engagement der Caritas hätten wir die Situation von heute nicht erreicht.“

Er wolle deutlich machen, daß der Anlaß des Skopje-Projektes „nicht unsere Billigung findet“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der F.D.P., Hagen Tschoeltsch. Aber auch er bewerte die neue Flüchtlingspolitik insgesamt als richtig. Die gesamte Flüchtlingshilfepolitik in der Bundesrepublik sollte stärker koordiniert werden. Für den CDU-Politiker und Landtagsvizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose stellte sich die Frage, welche Leitlinien sich nun aus dem Projekt ergäben und wie sie „sinnvoll und vernünftig“ umgesetzt werden könnten. So weit sei man nie auseinander gewesen, folgerte auch Klose. Vorsitzender Grätz schloß die Diskussion mit der Feststellung: „Ich sehe viel Übereinstimmung, was die Perspektiven der neuen Flüchtlingspolitik anbetrifft.“

Bei der Fortsetzung der Beratungen über eine Novellierung der Geschäftsordnung widmete sich der Hauptausschuß noch einmal den Richtlinien für Fragestunde und Aktuelle Stunde. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Dr. Michael Vesper, machte sich vor allem für die Kurzintervention in der Fragestunde stark. Danach soll ein Fragesteller die Möglichkeit zu einer Wortmeldung, letztlich also zu einem State-

Fortsetzung Seite 21

Verkehrsausschuß auf Informationstour in Südostasien

Singapur: mit Pkw-Lizenz und vier Personen ins Zentrum

Über aktuelle verkehrspolitische Entwicklungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Luftverkehr sowie der Telematik informierte sich eine Kommission des Verkehrsausschusses unter Leitung von Hans Jaax (SPD) im Rahmen einer Informationsreise Ende März in Südostasien.

Besuchsziele waren dabei Singapur, Hongkong, Shenzhen und Seoul. In einer Vielzahl von Gesprächen und Besichtigungen wurde deutlich, daß die Ballungszentren auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und verkehrslenkende Maßnahmen für den Individualverkehr setzen. Daran sind auch deutsche – nordrhein-westfälische – Unternehmen im Rahmen von Joint-Venture-Verträgen und Lizenzabkommen beteiligt. Die Republik Singapur mit rund 2,8 Millionen Einwohnern verfügt über ein gut ausgebautes Verkehrsnetz mit einer modernen U-Bahn/S-Bahn, die Ende 1987 in Betrieb genommen wurde. Das Bahnnetz beträgt insgesamt 67 Kilometer und 42 Stationen und deckt das Kerngebiet Singapurs weitgehend ab. Ein modernes Straßennetz, ein Flughafen, der höchsten Anforderungen genügt, sowie ein Hafen, dessen Warenumschlag inzwischen an vorderster Stelle der Weltrangliste liegt, runden die verkehrliche Infrastruktur des nur 641 Quadratkilometer großen Landes ab.

Bei der Verkehrspolitik gilt ein Vier-Punkte-Programm:

- Systematische Stadtplanung,
 - Intelligenter Bau von Straßen,
 - ÖPNV-Vorrang sowie
 - Beschränkung des Individualverkehrs durch Regelung der Fahrzeugauslastung
- Mit 650 000 Fahrgästen täglich leistet die Singapur U-Bahn einen bedeutenden Bei-

trag zur Lösung der Transportprobleme. Erweiterungen sind geplant und in Arbeit. Ein elektronisches Road-Pricing-System soll 1997 eingeführt werden. Es wird dann das bisher bestehende System des sog. Area Licensing Scheme ersetzen. Dieses System wurde im Juni 1975 eingeführt, um die morgendlichen Spitzenverkehre zu entzerren. Hiernach müssen Fahrzeuge, die in die entsprechenden Zonen – z. B. das Hauptgeschäftszentrum – einfahren, eine gültige Gebietslizenz besitzen oder zumindest vier Personen einschließlich Fahrer befördern. Im Juni 1989 wurde das System auch auf die Abendstunden ausgedehnt unter Aufhebung der Sonderregelung für die Carpools. Ebenfalls wurden ab diesem Zeitpunkt Motorräder einbezogen. Seit Anfang dieses Jahres gilt die Beschränkung für den ganzen Tag. Allerdings werden differenzierte Preise erhoben. Die entsprechenden Zeiten sind montags bis freitags, 7.30–18.30 Uhr und samstags 7.30–15.00 Uhr sowie bestimmte Feiertage.

Carpool + Area Licence

Man kann entweder eine Tageslizenz erwerben oder eine Teiltageslizenz, die dann allerdings nur begrenzt von 10.30 Uhr bis 16.30 bzw. 15.00 Uhr an Samstagen gilt. Autofahrer zahlen täglich 3 Singapur-Dollar (\$\$) für die Tageslizenz, für die Teillizenz 2

\$\$ (1 \$\$ entspricht etwa 1,19 DM). Die Monatslizenz kostet 60 bzw. 40 \$\$ für die Teillizenz.

Mit weiteren Maßnahmen wie Lizenzierung der Zulassung von Autos begegnet die Singapur Regierung der Herausforderung, den Individualverkehr generell zu reduzieren und einen gleichmäßigeren Verkehrsfluß zu gewährleisten.

Der Singapur Changi Flughafen nahm den Betrieb 1981 auf. Er liegt etwa 20 Minuten vom Stadtzentrum entfernt. 63 Fluggesellschaften fliegen Ziele in 113 Städten in 54 Ländern an. Der Flughafen hat zwei parallele Start- und Landebahnen, die jeweils 4000 Meter lang und 60 Meter breit sind. Die maximale Kapazität pro Stunde beider Runways beträgt 66 Flugbewegungen. Der Flughafen hat zwei Terminals, die über einen Skytrain miteinander verbunden sind.

Um einen Einblick darüber zu gewinnen, wie mittlere und kleinere Betriebe und Unternehmen der Verkehrswirtschaft sich am Markt der Südostasien beteiligen können, informierte sich die Kommission über das sich im Aufbau befindende Deutsche Industrie- und Handelszentrum in Singapur. Dieses Zentrum soll Anlaufstelle und Kommunikationsforum für Unternehmen sein, die sich am wichtigen Markt in Singapur niederlassen wollen. Dieses Projekt wird gemeinsam von der Südwestdeutschen Landesbank und der Westdeutschen Landesbank unter Garantie des Landes Baden-Württemberg und Mitwirkung des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. zur Zeit gebaut. Die Fertigstellung ist für Frühjahr

Fortsetzung Seite 14

Ausschuß der Regionen

Vizepräsident Professor Dammeyer

Nachdem der Ausschuß der Regionen sich am 9. und 10. März 1994 konstituiert hat, begann am 5. und 6. April 1994 die inhaltliche Arbeit. Dem Ausschuß gehören insgesamt 189 Vertreter der regionalen und kommunalen Ebene der zwölf Unionsmitgliedstaaten an. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit insgesamt 24 Mitgliedern vertreten. Nordrhein-Westfalen wird durch Ministerpräsident Johannes Rau und den Landtagsabgeordneten Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) vertreten. Als stellvertretende Mitglieder gehören der Chef der NRW-Staatskanzlei, Minister Wolfgang Clement, und Norbert Giltjes (CDU) dem Ausschuß an. Der Franzose Jacques Blanc, Präsident des Regionalrates von Languedoc-Roussillon wurde zum Präsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt. Erster Vizepräsident ist der Spanier Pasqual Maragall, Bürgermeister von Barcelona. NRW ist im Präsidium durch Prof. Dr. Manfred Dammeyer vertreten. Dem Präsidium gehören als weitere deutsche Mitglieder Ministerpräsident Erwin Teufel (Baden-Württemberg) und Bürgermeister Klaus Wedemeier (Bremen) an.

Der Ausschuß verabschiedete einstimmig eine Stellungnahme zu den Kohäsionsfonds



Konstituierende Sitzung Ausschuß der Regionen mit (v. l.): Professor Manfred Dammeyer (SPD, Vizepräsident), Hans-Joachim Wegner (Landtagsverwaltung), Norbert Giltjes (CDU).

sowie seine Geschäftsordnung, die allerdings noch vom Rat genehmigt werden muß. Aus dem Kohäsionsfonds erhalten Spanien, Portugal, Griechenland und Irland bis zum Jahre 1999 insgesamt ca. 15,15 Mrd. ECU zu Preisen von 1992 für Umweltschutz- und Verkehrsinfrastrukturvorhaben, die in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen müssen. Der von deutscher Seite durch das Präsidiummitglied Professor Dammeyer vorgetragene Änderungsantrag, die Umweltverträglichkeitsprüfung als Voraus-

setzung für eine Förderung durch den Kohäsionsfonds zu machen, fand Zustimmung. Andere Anträge der deutschen Seite, wie die von Baden-Württemberg gewünschte Möglichkeit einer Vertretung im Präsidium, erhielten jedoch keine Mehrheit. Nach kontroverser Diskussion legte die Plenarversammlung fest, daß neben dem Präsidenten Blanc und Ersten Vizepräsidenten Maragall zwölf Vizepräsidenten, also jeweils einer pro Mitgliedsstaat, gewählt werden sollen. Der Ausschuß hat sich auf der Arbeitsebene in acht Fachkommissionen, vier Arbeitskreise und einer Ad-Hoc-Fachkommission „Institutionelle Fragen“ gegliedert. Die Wahl der jeweiligen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden soll auf der nächsten Sitzung des Ausschusses der Regionen erfolgen, die vom 16. bis 18. Mai 1994 in Brüssel stattfindet. Erkennbar wurde, daß die deutsche Delegation aller Voraussicht nach den Vorsitz für die Fachkommission 1 „Regionalpolitik – Wirtschaftsentwicklung/Lokale und regionale Finanzen“ innehaben wird. Das umfangreiche Arbeitsprogramm der nächsten Plenarversammlung umfaßt so wichtige regionalpolitische Themen wie die Gemeinschaftsinitiativen, Transeuropäische Netze, Aktionsprogramm „Sokrates“, das Programm „Jugend für Europa“, Europa gegen Aids, Kommunales Wahlrecht, das Grünbuch „Zugang der Verbraucher zum Recht“ u. a. Angesichts vorgegebener Termine für die Weiterberatung ist mit Beschlußfassungen durch den Ausschuß der Regionen zu diesen Themen zu rechnen.

Fremdsprachenunterricht

CDU wendet sich gegen zweiten Berufsschultag

Unter Vorsitz von Hans Frey (SPD) hat sich der Ausschuß für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung Mitte April abschließend mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften, dem sogenannten Rechtsgrundlagengesetz (Drs. 11/6617), befaßt. Der Gesetzentwurf sieht vor, durch Änderungen des Schulordnungsgesetzes sowie des Schulverwaltungsgesetzes die vom Bundesverfassungsgericht geforderten gesetzlichen Grundlagen für die Sexualerziehung, den Datenschutz und die Schulentlassung sowie die gesetzlichen Grundlagen für die schulärztlichen und schulzahnärztlichen Reihenuntersuchungen zu schaffen. Außerdem sollen der Naturschutz und der Umweltschutz als Erziehungsziel entsprechend Artikel 7 Absatz 2 der Landesverfassung in das Schulordnungsgesetz übernommen werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigte sich mit dem Gesetzentwurf unzufrieden und lehnte ihn ab, weil die Vorgaben des Volkszählungsurteils nicht voll erfüllt worden seien. Außerdem werde im Entwurf auf eine Rechtsverordnung verwiesen, die Einzelheiten regeln solle, aber nicht mit vorgelegt wurde.

Dagegen legte die F.D.P.-Fraktion Wert auf die Feststellung, der Gesetzentwurf setze vernünftig und zurückhaltend um, was das Volkszählungsurteil zuwege gebracht habe. Bezüglich der Rechtsverordnung wäre es aber sinnvoll zu erfahren, worauf man sich einlasse. Bedenken hierzu könnte dadurch abgeholfen werden, daß die RVO an die „Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung“ gebunden werde.

Sowohl die SPD- als auch die CDU-Fraktion erklärten sich mit dem Gesetzentwurf einverstanden und begrüßten zugleich die Anregung der F.D.P. Im Gegensatz zum Kultusministerium, das die Zustimmungspflicht als Vermischung von Exekutive und Legislative ansah, vertraten die Fraktionen die Auffassung, es gehöre zu den ganz selbstverständlichen Regelungen, im Gesetz zu bestimmen, daß das weitere Verwaltungshandeln an die Zustimmung von Landtagsgremien gebunden sei.

In diesem Sinne wurde der Gesetzentwurf von SPD, CDU und F.D.P. gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war dem Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 11/4683) „Fremdsprachen in der Berufsausbildung: Landesregierung soll Empfehlungen der deutschen Wirtschaft Folge leisten“ gewidmet. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Empfehlungen der deutschen Wirtschaft bei der dringend erforderlichen Ausgestaltung, Förderung und Stärkung des berufsbildenden Schulwesens von Nordrhein-Westfalen unverzüglich aufzugreifen und umzusetzen. Der mitberatende Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hatte dem Antrag unter Einbezie-



Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ist der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, Dr. Helmut Linssen, ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) überreichte im Beisein von Linssens Ehefrau Cathrin (r.) den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In ihrer Laudatio erklärte die Präsidentin, Helmut Linssen habe seit den 70er Jahren die politischen Entwicklungen im Land maßgeblich mitbeeinflusst. Sie ging auf den Werdegang des CDU-Politikers ein, der als Sohn eines selbständigen Müllermeisters in Krefeld geboren worden sei. In Geldern habe er das humanistische Gymnasium besucht. Nach dem Abitur habe sich ein wirtschaftswissenschaftliches Studium angeschlossen. Viele Jahre sei er im Familienbetrieb der Heinrich Linssen KG tätig gewesen. 1980 sei er als direktgewählter Abgeordneter des Wahlkreises 60, Kleve 1, „mit damals stolzen 59,9 Prozent in den Landtag eingezogen“. Mit dem Einzug in das Parlament habe er die Sprecherfunktion seiner Fraktion für Umwelt- und Raumordnungspolitik übernommen. Er sei Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Neue Heimat“ gewesen und 1990 zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt worden. Heute sei eine weitere Herausforderung die Spitzenkandidatur der CDU im Landtagswahlkampf als einer von zwei Bewerbern. „Ich wünsche Ihnen viel Glück“, schloß die Präsidentin.

Foto: Schälte

hung geringfügiger Änderungen einstimmig zugestimmt.

Dieses Ergebnis konnte im Ausschuß für Schule und Weiterbildung nicht erreicht werden. Der Antrag wurde von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Die CDU-Fraktion erläuterte, der Antrag solle nicht zum Einstieg in den zweiten Berufsschultag führen. Es gehe auch um einen integrativen Lernansatz und nicht um eine Studentafelauseitigung. Dabei sollte versucht werden, im Rahmen der vorgesehenen zwölf Wochenstunden auch Fremdsprachen einzuführen. Die F.D.P.-Fraktion regte an, den Antrag um einen Punkt zu erweitern, der die positiven Erfahrungen mit bilingualem Unterricht an allgemeinbildenden Schulen auch auf die berufsbildenden Schulen übertrage. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, sie plädiere für die Pflege der Mehrsprachigkeit. Das einschränkende Sprachangebot des Antrags ginge ihr nicht weit genug. Es müßte um Türkisch erweitert werden.

Die SPD-Fraktion machte deutlich, der Knackpunkt des Antrags sei, ob Unterricht ausgeweitet werden müsse oder das Fremdsprachenangebot in der Studentafel untergebracht werden könne. Die Mehrsprachigkeit in der beruflichen Bildung sei durchaus unterstützenswert, als generelle Regelung finde sie allerdings zum gegenwärtigen Zeit-

punkt keine Zustimmung. Im Rahmen der Studentafel könne man alle Anstrengungen nur unterstützen. Einen Beschluß zur Erweiterung werde es aber nicht geben. Wenn sich die CDU gegen den zweiten Berufsschultag wende, sei sie nicht auf dem aktuellen Stand. Die geltende RVO sehe den zweiten Berufsschultag bereits vor. Die SPD ziele bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation für die Teilzeiterwerbsschule drauf ab, eine Erhöhung auf 14 Wochenstunden zu erreichen, die aufgrund der bestehenden Relation faktisch nicht gegeben seien.

Das Kultusministerium erklärte, die Umsetzung des Antrages unter Einbeziehung des Votums des mitberatenden Ausschusses werde insgesamt für nicht finanzierbar gehalten. Man müsse auch fragen, wo das Fremdsprachenangebot untergebracht werden solle und zu wessen Lasten. Hierfür sehe man nur die Möglichkeit des Wahlbereiches — 13. und 14. Stunde. Hier liefen bereits entsprechende Versuche. Aber es sei eben kein verpflichtender Unterricht, und nicht jeder Auszubildende könne mit dem Fremdsprachenangebot etwas anfangen.

Den dritten Sitzungsschwerpunkt bildete die Abschlußberatung der CDU-Anträge „Kinder rüsten auf — Gewalt an Schulen wird zum Problem“ (Drs. 11/4380) und in Verbindung damit „Gewalt an Schulen — Landesregierung zum Handeln aufgefordert“ (Drs. 11/

Fortsetzung Seite 16

Verkehrsausschuß für dringlichen Schienenausbau zwischen Rhein und Maas

Zweigleisige Bahnstrecke Venlo–Köln für mehr Güterverkehr

Im Verkehrsausschuß standen in der von Hans Jax (SPD) geleiteten Sitzung am 14. April unter anderem der Ausbau der Bahnstrecke Venlo – Viersen für den Güterverkehr, Auswirkungen des Planungsvereinfachungsgesetzes und der Ruhrgebietstunnel auf der Tagesordnung. Zunächst ging es um den Segelflugbetrieb in Mönchengladbach

Eingangs berichtete Staatssekretär Joachim Westermann (SPD) über den Stand der Vorarbeiten zum Ausbau des Flugplatzes Mönchengladbach. Nach der vom Landtag 1992 beschlossenen Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption NRW (Drs. 11/3945) sei

der Ausbau zum Regionalflughafen im Hinblick auf die Stärkung des Wirtschaftsraums durch gewerblichen Flugverkehr als dringlich angesehen worden. Das mache auch nach Meinung des Verkehrsausschusses die Verlagerung des motorisierten Schul-

und Sportflugverkehrs in Mönchengladbach notwendig. Ende April werde die Bezirksregierung Düsseldorf die Antragsunterlagen offenlegen. Mit der Genehmigung zur Durchführung von Instrumentenflug sei Ende des Jahres 1994 zu rechnen. Die Installation der technischen Einrichtungen schließe künftig die Nutzung der Grasstart- und Landebahn für den Segelflugbetrieb aus. Als mögliche Alternative kämen Teile des Geländes des ehemaligen britischen Fliegerhorstes Wildenrath als Segelfluggelände in Betracht. Durch die Lage und Größe des ehemaligen Militärflugplatzes sei gewährleistet, daß bei einer Teilnutzung durch Segelflieger keine wesentliche zusätzliche Lärmbelastung auf die Bewohner der umliegenden Städte und Gemeinden zukäme.

Der Verkehrsausschuß sah eine Hilfestellung für die Verlagerung des Sport- und Segelflugbetriebs als Folge des Landtagsbeschlusses als seine Pflicht an. Er forderte mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. die Landesregierung auf, im Rahmen der Umsetzung der Luftverkehrskonzeption NRW ein Standort- und Organisationskonzept für den Sport- und Segelflugverkehr in NRW zu erarbeiten. Dabei sollten für Mönchengladbach Überlegungen einbezogen werden, Teile des ehemaligen britischen Fliegerhorstes Wildenrath als Segelfluggelände zu nutzen. Jedoch solle im Interesse von neuen Arbeitsplätzen die Option auf eine gewerbliche Nutzung des Geländes, zum Beispiel als Teststrecke der Firma Siemens, erhalten bleiben. Sollte sich die Teilnutzung für den Segelflugbetrieb als unmöglich erweisen, solle die Landesregierung den in Mönchengladbach ansässigen Segelflugverein bei seinen Bemühungen um ein alternatives Gelände unterstützen.

Einstimmig forderte der Verkehrsausschuß beim nächsten Tagesordnungspunkt die Landesregierung auf, beim Bund den durchgehend zweigleisigen Ausbau der Schienenstrecke Venlo – Köln in den Streckenabschnitten Kaldenkirchen – Dülken und Rheydt – Odenkirchen und ein drittes Gleis auf der überlasteten zweigleisigen Strecke Mönchengladbach – Rheydt als dringlich anzumelden. Angesichts der prognostizierten Zuwächse im Güterverkehr müßten weiterhin Gütertransporte auf die Schiene verlagert werden, wo immer dies möglich sei.

Dazu wurde erläutert, an der deutsch-niederländischen Grenze existiere in Venlo ein bereits jetzt gut ausgebautes und funktionierendes Güterverkehrszentrum, das auf niederländischer Seite stark expandiere. Es verfüge dort über gute Schienenanschlüsse, die durch die Verbindung mit der Betuwe-Linie noch verbessert werde. Auf deutscher Seite stießen die Güterverkehre jedoch auf eine nicht mehr aufnahmefähige Schienenstrecke und müßten überwiegend, auch vom Güterverkehrszentrum Venlo aus, auf die Straße verlagert werden. Eine von der Euregio Rhein–Maas–Nord veranlaßte Studie habe die Machbarkeit des vom Ausschuß für notwendig gehaltenen Schienenausbau ergeben. Das Beheben der Engpässe auf der Bahnstrecke Venlo – Köln führe danach zu einer Leistungssteigerung für den Güterverkehr um hundert Prozent. Die Gesamtinvestitionskosten würden etwa 126 Millionen Mark betragen.

In Aachen wurde „Kombirail“ vorgeführt

Königszapfen verriegelt LKW mit Schienengestell

Ein neues System für den kombinierten Güterverkehr auf Straße und Schiene wurde Mitgliedern des Verkehrsausschusses am 12. April in Aachen vorgeführt. In deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion haben eine Aachener Waggonfabrik und ein Kerpenener Straßenzugfahrzeughersteller „Kombirail“ entwickelt.

Die Aachener Waggonfabrik Talbot, ein mittelständischer Familienbetrieb mit 1300 Mitarbeitern, hatte den Verkehrsausschuß zur „Präsentation des bimodalen Transportsystems KOMBIRAIL“ eingeladen. Der Leiter der Güterwagen- und Drehgestellkonstruktion Dr. Johannes Nikolin erklärte die Vorteile. Um „den Sattelanhänger auf die Schiene zu bringen, ohne zu verladen“, sind keine aufwendigen Umschlagsanlagen mehr nötig. Kran oder Gabelstapler brauchen nicht eingesetzt zu werden. Die auf die Schiene gesetzten Sattelanhänger brauchen keine Fahrer, und sie fahren auch sonntags und nachts. Anstelle eines Terminals, das hohe Investitionen voraussetzt, muß nur ein Gleis eingeebnet werden. 1993 wurde Kombirail für den gesamten europäischen Schienenverkehr zugelassen, wodurch sich die Einzelgenehmigungen nationaler Bahngesellschaften erübrigen. Ein Schweizer Großhandelsunternehmen bedient sich bereits der Vorteile, auch in Skandinavien und in Fernost verkehren die Kombi-LKW.

Bei der Vorführung auf dem Werksgelände beobachteten die Düsseldorfer Abgeordneten, wie der Sattelzugfahrer rückwärts den 13,8 Meter langen Anhänger an den Schienenadapter heranrangierte. Dann klappte er den Unterfahrerschutz am Heck des Anhängers mit Lichtleiste hoch und schob den An-

hänger mit der Zugmaschine auf das Schienenfahrzeug. Die robuste Kupplungskonstruktion verzeihe auch schräges oder seitenversetztes Anfahren, hieß es. Aber bei diesem Fahrer war das nicht nötig. In der Endposition löst der „Königszapfen“ die automatische Verriegelung aus. Das Straßenzugfahrzeug wurde pneumatisch angehoben und von Hand gesichert. Ein- und Ausgleisen dauerten etwa drei Minuten und wurden von einem Fahrer bewältigt. Selbstverständlich können ganze Züge von Sattelanhängern zusammengestellt werden.

Zum Kostenvergleich wurde auf 10- bis 15000 Mehrkosten pro Fahrzeug bei der Anschaffung, aber auch auf wesentlich geringeren Verschleiß als im ausschließlichen Straßenverkehr sowie auf geringere Straßenbenutzungsgebühren hingewiesen. Weitere Fragen aus dem Verkehrsausschuß waren die Nutzungschancen für kleine Spediteure und bei der Regionalisierung des Bahnverkehrs. Der Leiter Konstruktion und Entwicklung der Straßenzugfahrzeugbau-Firma Ackermann-Fruehauf Kerpen, Herr Franz, hielt das System für die Verteilung in die Fläche für geeignet. Außerdem zeigte die von Georg Bielefeldt (Talbot-Geschäftsleitung) geführte Gruppe den Verkehrsausschußmitgliedern auch noch ein selbstangetriebenes Doppelstock-Fahrzeug für den Schienenpersonenverkehr.



Schienen-Fahrwerk zum Einkuppeln von LKW-Sattelanhängern.

Bergwerk Westfalen: Fettkohle-Abbau im staub- und zugluftarmen Flöz

Test- und Entspannungsbohrungen zur Verhinderung von Gebirgsschlägen bildeten einen Schwerpunkt der Erörterungen des Ausschusses für Grubensicherheit beim Besuch des Bergwerks Westfalen am 15. April. Nach der Grubenfahrt mit dem Ausschußvorsitzenden Helmut Marmulla (SPD) und seinem Stellvertreter Hermann Kampmann (CDU) wurde die vorbildliche Sicherheits- und Arbeitsschutztechnik im vier Meter mächtigen Flöz „Wilhelm“ gewürdigt. Zur Verringerung des Kostenaufwands für Test- und Entspannungsbohrungen sollen nach Meinung von SPD und CDU im Ausschuß die Forschungsvorhaben des Technologieprogramms Bergbau fortgesetzt werden.

Die östlichste und zugleich nördlichste Schachanlage Westfalen im Bereich der Stadt Ahlen gehört seit Juni 1993 zur Ruhrkohle AG (RAG). RAG-Vorstandsmitglied Dr. Fritz erläuterte anhand von eindrucksvollen Schaubildern die gegenüber den ursprünglichen Planungen aus dem Jahre 1991 vorgezogene Rücknahme der Steinkohlenförderung auf 37,2 Millionen Tonnen bis Ende 1994. Für einvernehmliche Lösungen beim gleichzeitigen Abbau der Belegschaft auf 68614 Mitarbeiter dankte Ausschußvorsitzender Marmulla auch der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Bergwerksdirektor Dr. Zeppenfeld stellte das Bergwerk Westfalen vor, das bis 1988 zum Eschweiler Bergwerksverein gehörte. Schacht 7 dient als einer von vier Tagesschächten der Seilfahrt und der Materialförderung. In mehr als tausend Metern Teufe wird hochwertige Steinkohle mit zum Teil elektronisch gesteuerten Wälzenschrämladern gewonnen und vollmechanisch gefördert. Während der Grubenfahrt konnten die Ausschußmitglieder und Behördenfachleute die Kohlegewinnung aus nächster Nähe besichtigen, dank vorbildlicher Sicherheits- und Arbeitsschutzbedingungen ohne besondere Beeinträchtigungen hinsichtlich Lärm und Staub. Daß aus Sicherheitsgründen trotz hoher Abbauverluste eine Strecke verlegt wurde, erfuhr die Gäste beim Vortrag des Marktscheiders. Gesteinsbedingte Flözdurchörterung, massives Nebengestein und erhöhter Gebirgsdruck sind die Hauptursachen für die Gebirgsschlaggefahr. Entspannungsbohrungen in Abständen von

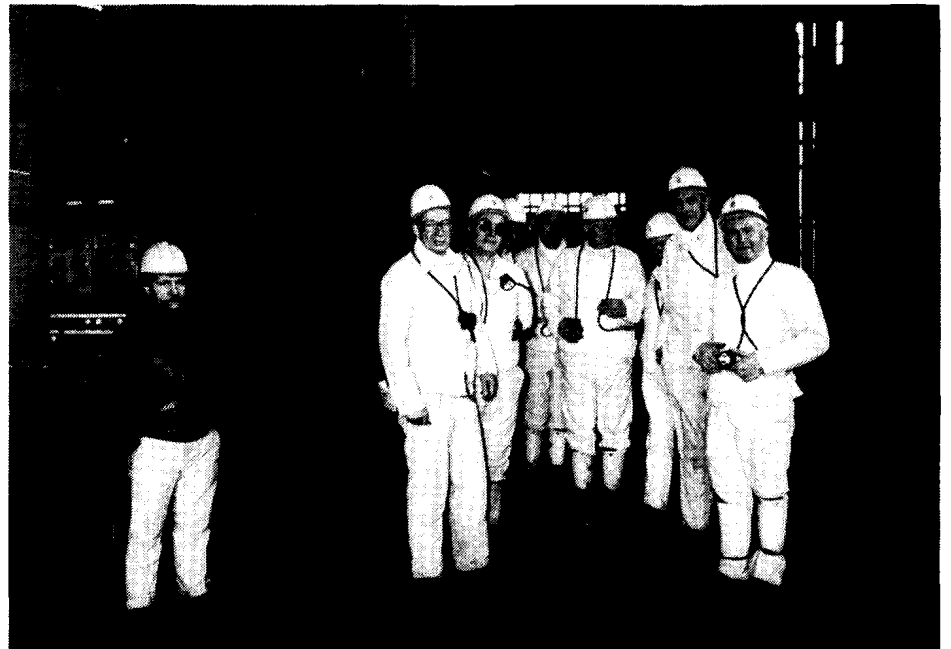
Testbohren durch Messungen ersetzen

drei bis fünf Metern kosteten, so erklärte Bohrexperte Kutzier, fünfzig Prozent mehr Personalaufwand bei der Streckenauffahrung, brächten aber große Sicherheit. Ein Drehrohr-Verfahren zur Erkennung zu hoher Gebirgsdrücke erleichterte das Bohren mit einer 25 Zentimeter dicken Kunststoffsonde. 1991 sei das Verfahren durch eine Drehrüttelsonde weiterentwickelt worden. 1993 seien mit 59 Mann pro Schicht rund 26500 Testbohrungen, 1148 Entspannungsbohrungen und 30 Entspannungsprengungen vorgenommen worden. Die Kosten dafür beliefen sich auf 3,56 Mark pro Tonne.

Bei einem neuen Verfahren, das zur Zeit von der DeutscheMontanTechnologie (DMT) entwickelt und erprobt werde, würden elektrische Widerstände angebracht und die Messungen über Tage am Computer abgelesen. Damit könne das Gebirge rund um die

Uhr kontinuierlich überwacht werden. Unter-Tage-Einsätze und damit Gefahren und Kosten würden erheblich reduziert.

Forschung und Entwicklung waren auch Thema beim Kauengespräch nach der Grubenfahrt. Dr. Fritz drückte die Sorge aus, daß mit dem Schrumpfen der Steinkohlenförderung auch ein Absterben der Entwicklung von Bergbautechnologie verbunden sei. Es wurde darauf hingewiesen, daß der hohe deutsche Standard gemeinsam mit den Bergleuten erreicht worden sei. Im Hinblick auf wirtschaftspolitische Gesichtspunkte bezifferte Dr. Fritz das Einkaufsvolumen der Ruhrkohle bei der Zulieferindustrie auf mehr als fünf Milliarden Mark. Vorsitzender Marmulla sagte, der Rückgang der Unfälle, darunter der tödlichen Unfälle mit erstmals einstelliger Jahreszahl, rechtfertige den hohen Aufwand für die Sicherheit.



Bevor der Grubenausschuß rund tausend Meter in die Tiefe fuhr, stellten sich die Vorsitzenden zusammen mit der Unternehmensleitung dem Fotografen an der Seilfahrt von Schacht 7 bei Ahlen; Bildmitte: Vorsitzender Helmut Marmulla (SPD), r. stellvertretender Vorsitzender Hermann Kampmann (CDU) neben Ruhrkohlevorstand Dr. Fritz, 2.v.l. Direktor Dr. Zeppenfeld (Bergwerk Westfalen).
Foto: Klaus Sannemann

Petition Gewerbeaufsicht

Fünfzehn Jahre ohne Beförderung

In einer Eingabe an den Petitionsausschuß beklagte der Personalrat beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Essen, daß im mittleren Dienst von 1991 bis 1993 keine Beförderungen ausgesprochen worden seien, im gehobenen Dienst dagegen mehr als 80. Im mittleren Dienst lägen je nach Familienstand die monatlichen Bezüge im Sozialhilfebereich. Dabei sei die Tätigkeit des mittleren Dienstes in vielen fachlichen Bereichen mit der des gehobenen Dienstes vergleichbar.

Im mittleren Dienst der Gewerbeaufsichtsverwaltung treffen neu eingestellte Beamte auf Kollegen, die bereits 15 Jahre oder länger ihren Dienst versehen. Eines ist ihnen gemeinsam: die Besoldungsgruppe A7. Beschäftigte mit A8, die seit 21 Jahren im Amt sind, warten bis zu zwölf Jahren auf eine weitere Beförderung.

Den Forderungen des Personalrates, Abhilfe zu schaffen, begegnete der Petitionsausschuß mit der Feststellung, die Engpässe bei Beförderungsmöglichkeiten würden sich aus der Altersstruktur in dieser Laufbahngruppe ergeben. Um Aufstiegsverfahren durchzuführen, müßten Stellen des mittleren technischen Dienstes in Stellen des gehobenen technischen Dienstes umgewandelt werden. Das Finanzministerium wurde gebeten, dies bei den Haushaltsverhandlungen 1995 zu berücksichtigen.

Steuereinnahmen NRW:

Kein Aufschwung in Sicht

Zwar seien die Einnahmen des Landes im ersten Quartal 1994 um 3,9 Prozent höher als im Vorjahr, aber ein Aufschwung sei, so teilte der Finanzminister dem Landtag mit, nicht in Sicht. Die konjunkturabhängige Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer seien nochmals drastisch eingebrochen. Die Minusraten reichten bis zehn Prozent. Bei der Lohnsteuer, zweitstärkste vom 40-Milliarden-Gesamtvolumen, habe es fast keine Mehreinnahmen gegeben. Das relativ gute Gesamtergebnis beruhe auf den Sonderfaktoren Umsatzsteuererhöhung und Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer.

Singapur...

Fortsetzung von Seite 10

1995 vorgesehen. Das Deutsche Zentrum liegt im Westen Singapurs im ersten internationalen Businesspark. Es ist verkehrsgünstig angebunden und ist nur 20 Minuten vom Stadtzentrum entfernt.

Am Verkehrsmarkt Südostasiens ist auch Siemens aktiv vertreten. So hat der Konzern in Singapur einen Standort für die Halbleitergruppe, die dort als größter deutscher Arbeitgeber 2,5 Milliarden DM Umsatz erzielt. Für die Produktpalette des Zweiges Verkehrstechnik gibt es interessante Aufgaben beim Fahrzeugmarkt, der Signaltechnik und Systemen der Stromversorgung. Dieses Engagement erfaßt auch den riesigen chinesischen Verkehrsmarkt. So gibt es dort 17 Großstädte, die komplette Nahverkehrssysteme einrichten wollten. Außerdem ist eine Hochgeschwindigkeitsstrecke Shanghai—Peking geplant. Auch bei der Telematik und bei Road-Pricing-Systemen gibt es interessante Entwicklungen.

German Center

Hongkong mit ca. 5,8 Millionen Einwohnern, davon 98 Prozent Chinesen, verfolgt das ehrgeizige Projekt, die Zukunft des Wirtschaftsstandorts durch einen neuen Flughafen Chek Lap Kok mit entsprechenden begleitenden Infrastrukturmaßnahmen zu sichern. Der auf einer benachbarten Insel entstehende Flughafen soll 87 Millionen Passa-

Berger beteiligt. Das Projekt steht allerdings unter dem Vorbehalt, daß China, das 1997 Hongkong übernehmen wird, die Finanzierung weiterführt. So läßt sich zur Zeit noch nicht absehen, ob die erste Ausbauphase 1997 beendet sein wird.

Die 1975 in Betrieb genommene U-Bahn von Hongkong befördert mehr als 2,4 Millionen Fahrgäste pro Tag. Es gibt drei Linien mit 38 Stationen und 43 Kilometer Route sowie drei Depots. Die höchste Frequentierung hat die Nathan-Linie unter der Haupteinkaufsstraße, die 77500 Passagiere pro Stunde befördert. Die Gesellschaft, die für die U-Bahn zuständig ist, hat auch eine angegliederte Immobilienabteilung, die 24000 Eigentumswohnungen, 15 Bürohochhäuser bis zu 50 Stockwerken hoch und sieben Hotels sowie Shoppingcenter betreibt.

Die langfristigen Ziele der Verkehrspolitik Hongkongs sind in mehreren Gutachten niedergelegt, die eine Perspektive bis zum Jahre 2011 ergeben. Hongkong will den Individualverkehr eindämmen. So beabsichtigt die Territorialregierung, ein System zum Road-Pricing einzuführen.

Ein solches System könnte als Lösung für die entsprechenden Probleme der Ballungsgebiete in der Bundesrepublik Deutschland in Betracht kommen. Damit ist offenkundig, daß hiervon insbesondere Nordrhein-Westfalen mit dem dichtbesiedelten Rhein-Ruhr-Gebiet betroffen ist. Wenn sich das in Hongkong geplante System als auf hiesige Verhältnisse übertragbar erweisen sollte, könnte NRW von den bisherigen Erfahrungen in jedem Fall profitieren.



Nicht nur für den Verkehr an sich, sondern auch für Marktchancen deutscher Unternehmen, wie hier in Shenzhen/China beim Partnerbetrieb eines deutschen Autobus-Herstellers, interessierte sich der Verkehrsausschuß in Ballungszentren Südostasiens.
Foto: Harald Holler

giere aufnehmen. Bis zu seiner Fertigstellung müssen 370 Millionen Kubikmeter Naturstoffe bewegt werden. Zum Vergleich: beim Kanaltunnel zwischen Frankreich und England waren es 21 Millionen. So wird unter anderem dem Meer eine Fläche von 1000 Hektar abgerungen. Verbunden mit dem Projekt sind Wohnungsbauprojekte. So soll in West-Kowloon ein neuer Stadtteil für 91000 Menschen zusammen mit fünf Geschäfts- und Gewerbeparks entstehen. Weitere 20 Hektar sind zur Erweiterung des zentralen Geschäftsdistrikts von Hongkong vorgesehen.

Ein weiterer Entwicklungsschritt ist die neue Stadt Tungchung, die 1997 20000 Menschen Unterkunft bieten soll. Diese Zahl soll im Jahre 2011 auf 200000 anwachsen. An den Ausbauprojekten, die neue ÖPNV- und Straßenverbindungen einschließlich einer Eisenbahn zum neuen Flughafen mit einem Express-Service von 23 Minuten vorsehen, ist auch die deutsche Firma Bilfinger und

Interessant ist auch noch, daß Hongkongs Containerhafen als einer der größten der Welt interessante Ansätze für Lösungen bei den Problemen im Hinblick auf die Abwicklung von Frachtverkehr und die Kombination Binnenschiffahrt/Schiene/Straße/Luft bietet. Zunehmende Probleme bereiten dabei die Abwicklung des Binnenschiffverkehrs auf den Kanälen und Flüssen. Platzmangel und Verkehrsprobleme haben zu neuen Entwicklungen im Bereich der Güterverkehrszentren geführt, die für Nordrhein-Westfalen bei ähnlich gelagerten Schwierigkeiten und der zur Zeit geführten Debatte von erheblicher Bedeutung sind.

Auf der chinesischen Seite von Hongkong betreibt die süddeutsche Busherstellerfirma Neoplan ein Partnerschaftsprojekt mit der Shenzhen North Vehicle Development-Gesellschaft. Dort sollen jährlich etwa 100 Busse hergestellt werden. Die Muttergesellschaft befindet sich dabei in Peking.

(wird fortgesetzt)

Verwaltungsreform II:

Einheit der Verfahren als Beitrag zum Abbau von „Behördenrallyes“

Unter dem Titel „Sonnenuntergang für Standards“ berichtete „Landtag intern“ in der vorigen Ausgabe über den Erfahrungsaustausch des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform mit Fachleuten in Baden-Württemberg und Bayern. Nachstehend Fortsetzung und Schluß des Berichts.

In der Diskussion hob Dr. Achim Rohde (F.D.P.) die bayerischen Überlegungen zur Straffung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens (Einführung eines „unbestimmten Rechtsbegriffes mit Beurteilungsspielraum“, der der gerichtlichen Nachprüfung nicht unterliegt) hervor. Auf Fragen der Abgeordneten Frau Dr. Grüber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Pflug (SPD), Degen (SPD) und Lindlar (CDU) sind die Themen „Bürger- und Kundenorientierung“ der Verwaltung, Aussetzung von Standards, Verwaltungsstruktur der mittleren Ebene sowie die Rolle des Parlaments im Verwaltungsreformprozeß näher beleuchtet worden. Es ist deutlich geworden, daß größere Bürgernähe und Kundenorientierung als Reaktion auf wachsende Staats- und Politikverdrossenheit ein wichtiges Ziel der bayerischen Verwaltungsreformbestrebungen ist. Dabei wird Bürgernähe vor allem auch als Ortsnähe und als Transparenz von Entscheidungswegen interpretiert. Aber auch das Projekt „Einheit der Verwaltung“ wird insoweit als Beitrag zur Bürgernähe verstanden, als die Strukturreform von Fach- und Sonderverwaltungen unnötige „Behördenrallyes“ z.B. in Planungs- und Genehmigungsverfahren vermindern helfen könne.

Bei der Aussetzung von Standards wurde die Gefahr eingeräumt, daß die ausgesetzten Richtlinien und Verordnungen durch Einzelfallentscheidungen letztlich in Kraft blieben. Man versuche dieser Gefahr dadurch teilweise zu begegnen, daß Vorschriften mit rein empfehlendem Charakter identifiziert und aus den Richtlinien und Verordnungen herausgenommen und in Broschüren der Fachministerien veröffentlicht werden.

Die Verwaltungsstruktur in der mittleren Ebene ist in Bayern dadurch gekennzeichnet, daß neben den sieben Regierungsbezirken sieben Kommunalkörperschaften mit gleichem Gebietszuschnitt existieren. Diese sogenannten „Bezirke“ verfügen über eine unmittelbar gewählte Vertretungskörperschaft und nehmen insbesondere Aufgaben als überörtliche Sozialhilfeträger, im Krankenhauswesen und in der Kultur wahr. An eine Änderung dieser Struktur ist in Bayern nicht gedacht, weil die Bezirke verfassungsrechtlich garantiert sind.

In den Diskussionen in Stuttgart und München ist deutlich geworden, daß der nordrhein-westfälische Landtag mit der Einsetzung eines eigenen Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform ein hohes politisches Interesse an einer erfolgreichen Reform dokumentiert hat. Die Abgeordneten aus Bayern und Baden-Württemberg haben ihr Interesse an einem weiteren engen Informations- und Meinungsaustausch mit ihren nordrhein-westfälischen Kollegen bekundet.

Frauenausschuß: Scheitern von FEMINALE wäre Skandal

Zu Beginn seiner Sitzung am 15. April 1994 führte der Ausschuß für Frauenpolitik unter Leitung der Vorsitzenden, Marie-Luise Morawietz (SPD), zunächst eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Land muß Frauenfilmfestival FEMINALE retten“ durch.

Marianne Hürten, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte die Aktuelle Viertelstunde unter Hinweis auf eine Pressemitteilung der FEMINALE beantragt, in der die Veranstalterinnen unter anderem das fehlende Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen bemängeln. Herr Kral, zuständiger Abteilungsleiter im Kultusministerium, widersprach diesem Vorwurf mit dem Hinweis darauf, daß das Land trotz der angespannten Haushaltslage sein finanzielles Engagement gegenüber dem Jahr 1992 noch erhöht habe; neben Mitteln des Kultusministeriums würden auch Mittel des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Landeszentrale für politische Bildung bereitgestellt. Aus Sicht von Gabriele Behler, Abteilungsleiterin im Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann, sind die finanziellen Probleme der FEMINALE dadurch entstanden, daß bereits eingeplante Mittel des Bundesfrauenministeriums und der EG nicht geflossen seien. Dieser Ausfall könne jedoch vom Land nicht aufgefangen werden. Marianne Hürten erinnerte an die finanzielle Unterstützung des Landes für das Filmfestival NRW und wünschte sich ein gleiches Engagement für die FEMINALE. Sie bat die Landesregierung darum, noch einmal Gespräche mit der Stadt Köln und der EG aufzunehmen. Marita Rauterkus (SPD) führte aus, daß das Land die Veranstaltung bisher immer unterstützt habe, das Kulturbüro der Stadt sich dagegen leider sehr zurückhalte. Ein Scheitern der FEMINALE wäre für die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Brigitte Speth, ein „frauenpolitischer Skandal“. Sie begrüßte, daß die Landesmittel trotz der finanziellen Situation noch erhöht worden seien. Ihre Bitte an die CDU-Fraktion, sich im Bundesfrauenministerium für eine finanzielle Unterstützung des Frauenfilmfestivals einzusetzen, wurde von der frauenpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Regina van Dinther, aufgenommen. Einvernehmlich formulierte der Ausschuß zum Ende der Aktuellen Viertelstunde einen Appell an alle Verantwortlichen, die Durchführung der FEMINALE zu sichern. Abgeschlossen hat der Ausschuß seine Beratung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Förderung von Frauenhäusern“ (Drs. 11/3635); mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. wurde der Antrag gegen das Votum der antragstellenden Fraktion abgelehnt. Zu Beginn der Beratung berichtete Gabriele Behler über die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfs der neuen Richtlinien für die Förderung von Frauenhäusern, der sich zur Zeit im Anhörungsverfahren befindet. Sie führte aus, daß alle Änderungen, zumindest vom Ergebnis her, kostenneutral sein müßten. Dies bedeute, daß Standardverbesserungen, wie beispielsweise die Förderung zusätzlicher Personalstellen, aufgrund der Haushaltslage nicht zu realisieren seien. Allerdings werde das Ziel einer flächendeckenden Grundversorgung voraussichtlich mit der Aufnahme von fünf weiteren Frauen-

Neue Förder-Richtlinien für Frauenhäuser

häusern in die Förderung in diesem Jahr erreicht. Bei der Erarbeitung der neuen Richtlinien habe das Ziel im Mittelpunkt gestanden, Verwaltungsvereinfachungen herbeizuführen und den Erfordernissen der Praxis gerecht zu werden, insbesondere den Trägern der Einrichtungen ein größeres Ermessen einzuräumen. Bei der Personalkostenzuschussung sehe der Entwurf zukünftig eine Pauschalierung ohne Anknüpfung an individuelle Merkmale vor; darüber hinaus solle es möglich werden, in Ausnahmefällen die Stelle einer staatlich anerkannten Erzieherin auch mit einer Fachkraft besetzen zu können, die über eine nachgewiesene gleich-

die Förderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinausgehe. Ihre Fraktionskollegin Marianne Paus sah in der geplanten Pauschalierung durchaus Vorteile, allerdings nur, wenn auch tarifliche Steigerungen abgedeckt würden. Dazu erläuterte Gabriele Behler, daß Tarifierhöhungen, wie auch bisher, nur durch eine entsprechende Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers aufgefangen werden könnten. Die frauenpolitische Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Ruth Wittler-Koch, wies darauf hin, daß die Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser eine feste Kraft für den Beratungsbe- reich gefordert habe, die im Konzept der Lan-



Unverständliche Kriterien bei der Vergabe von Zuschüssen für die Kulturförderung wirft das Organisationsteam des für Juni 1994 geplanten Internationalen FrauenFilmFestivals (Foto) der Stadt Köln und dem Land vor, nachdem das Jubiläums-Projekt der zehnten „FEMINALE“ an fehlenden Finanzen scheiterte, während dem „fragwürdigen Unternehmen“ und „Millionentop“ Filmfest Köln noch bei der Pleite unter die Arme gegriffen worden sei.
Foto: Irene Aretz

wertige Ausbildung und entsprechende Erfahrungen verfügt. Weitere Erleichterungen für die Träger stellten eine geplante Honorarkraftregelung für befristete Zeiträume sowie flexiblere Regelungen zur Teilzeitarbeit dar. Schließlich sei beabsichtigt, die Regelung bezüglich des bislang geforderten Eigenanteils von mindestens 10 von Hundert der förderungsfähigen Personalausgaben zu streichen, um den Trägern weitergehende Möglichkeiten einzuräumen, öffentliche Mittel entgegenzunehmen zu können. Marianne Hürten kritisierte die im Richtlinienentwurf vorgesehene Form der Pauschalierung der Personalkostenzuschussung. Ihrer Ansicht nach sei zu befürchten, daß verschiedene Träger, insbesondere wenn sie ältere Stammkräfte beschäftigten, durch die Neuregelung finanziell schlechter gestellt würden und diese Beschäftigten möglicherweise zugunsten „billigerer“ Kräfte entließen. Die beabsichtigten Teilzeitlegelungen hielt sie für noch nicht weit genug gefaßt. Regina van Dinther stellte fest, daß die Landesregierung in ihrem Entwurf im Hinblick auf die Eigenanteilsregelung noch über

desregierung nicht vorgesehen sei. Vor dem Hintergrund der Untersuchung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Situation der Beratungsstellen stelle sich die Frage, inwieweit eine engere Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen und Frauenhäusern im Hinblick auf eine Entbürokratisierung möglich sei. Brigitte Speth begrüßte die mit der Änderung der Richtlinien beabsichtigte Vereinfachung des Förderverfahrens; gerade die beabsichtigte Pauschalierung sei eine Forderung der Frauenhaus-trägerinnen gewesen. Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Förderung von mindestens sechs Mitarbeiterinnen hielt sie allerdings für unrealistisch.

Abschließend beschäftigte sich der Ausschuß für Frauenpolitik in der Sitzung auch mit den Gesetzentwürfen der Landesregierung, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.-Fraktion zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Im Mittelpunkt der Beratung standen die aus frauenpolitischer Sicht interessanten Fortsetzung Seite 16

Haushaltskontrolle

Beschluß vertagt

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle unter seinem Vorsitzenden Walter Neuhaus (CDU) hat bei seiner 72. Sitzung am vergangenen Dienstag die Beratung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen im Entwurf der SPD-Fraktion (Drs. 11/6029) einstimmig vertagt.

Der Ausschuß folgte damit geschlossen einer Bitte der CDU-Fraktion. Die Vertagung beantragte der CDU-Abgeordnete Helmut Diegel, der zur Begründung erklärte, man habe vor anderthalb Stunden eine neue Situation in der Angelegenheit der Beratung und möglicherweise auch Verabschiedung des SPD-Gesetzesentwurfes bekommen. Man sei darüber sehr überrascht. Diegel verwies auf eine völlig neue Diskussionslage und bat auch im Namen der Gesamtfraktion der CDU darum, Diskussion und mögliche Verabschiedung des Gesetzesentwurfes abzusetzen. Der SPD-Abgeordnete Walter Grevener verwies darauf, daß es bisher üblich gewesen sei, dem Wunsch einer Fraktion auf Vertagung nachzukommen. Er könne sagen, „daß wir diesem Wunsch entsprechen“. Man habe allerdings noch miteinander abgesprochen, daß die nächsten Beratungen in der etatmäßigen Sitzung des Ausschusses in 14 Tagen stattfinden sollten. Man habe sich ferner vergewissert, daß wenn man in zwei Wochen die Ausschlußberatungen durchführe, die Möglichkeit bestehe, in der Woche am Freitag im Plenum das Gesetz zu behandeln. Darüber sei zwischen den Fraktionen Übereinstimmung erzielt worden, betonte Grevener. Da der F.D.P.-Abgeordnete Dr. Horst-Ludwig Riemer auf einen Beitrag verzichtete, schloß der Vorsitzende nach knapp zehn Minuten die Sitzung, die damit aber noch nicht zu Ende war, denn der Präsident des Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert, wies darauf hin, daß der Vorsitzende Geburtstag habe und übermittelte unter allgemeinem Beifall seine Gratulation. Walter Neuhaus, der 62 Jahre alt geworden war, bedankte sich mit den Worten: „Meine Frau, meine Kinder und Enkelkinder werden sich freuen, wenn ich heute mal etwas eher nach Hause komme.“

Berufsschultag...

Fortsetzung von Seite 11

5403). Mit dem ersten Antrag soll die Landesregierung veranlaßt werden, der zunehmenden Gewalt von Schülern unverzüglich mit allen dafür zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklich zu begegnen. Der zweite Antrag enthält die Aufforderung, unverzüglich ein Konzept gegen die Gewalt an Schulen zu entwickeln und baldmöglichst vorzulegen, das die Leitlinien und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt aufgreift und den Weg zu einer gewaltfreien Schulkultur aufzeigt.

Gewaltdiskussion

Der mitberatende Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie empfahl mehrheitlich gegen die antragstellende Fraktion in seinem Votum die Ablehnung.

Im Ausschuß für Schule und Weiterbildung wies die CDU-Fraktion darauf hin, der Antrag habe eine Thematik angestoßen und sei entstanden, weil auf Kleine Anfragen und in den Antworten der Landesregierung auf Einzelfälle abgestellt und berichtet wurde, das Problem existiere an Schulen nicht. Eineinhalb Jahre lang sei die Erledigung des Antrags hinausgeschoben worden. Die Fraktion erwarte, daß das von der Landesregierung geforderte Konzept noch in diesem Jahr vorgelegt werde. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielt sie vor, den Antrag auch nicht ansatzweise richtig interpretiert zu haben.

Die SPD-Fraktion kritisierte, der CDU-Antrag trage nicht nur in der Überschrift, sondern auch in seinem Text eher dazu bei, der Tendenz Vorschub zu leisten, Opfer und Täter miteinander zu verwechseln. Im übrigen sei der Antrag nicht unbearbeitet geblieben, sondern im Gesamtzusammenhang mit der umfassenden Anhörung zum Thema „Gewalt“ beraten worden. Die SPD habe ein Papier entwickelt „Was kann Schule leisten“, das sich eng an dem Vortrag der Expertenmeinungen orientiere. Es werde angeboten, anstelle des vorliegenden Antrags, dieses SPD-Papier als gemeinsame Entschließung im Landtag zu verabschieden.

Die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN kritisierte, die CDU habe mit ihrem Antrag (Drs. 11/4380) ein umstrittenes Thema parteipolitisch stark besetzt, und zwar parallel zur Bearbeitung in den Medien. Er stelle den Versuch dar, gewissermaßen nachzufassen, um das Ganze zu skandalisieren. Mit dem zweiten Antrag (Drs. 11/5403) habe die CDU nur die Fassade gewechselt, sei jedoch auf der Position des ersten Antrags verblieben. Ihre Fraktion lehne deshalb beide Anträge ab.

Das Kultusministerium hielt die Landesuntersuchung nicht für erforderlich. Die Materialien aus den andern Ländern und die Erkenntnisse der Gewaltkommission der Bundesregierung reichten aus, um das Phänomen selbst zu beleuchten. Von einer landesspezifischen Untersuchung würden keine zusätzlichen weiterführenden Erkenntnisse erwartet. Es könne auch nicht darum gehen, aufzulisten, wie viele Raufereien, Körperverletzungen, Beleidigungen es an nordrhein-westfälischen Schulen gegeben habe und welche Schüler/innen aus welchem Elternhaus an welcher Schulform daran beteiligt waren. Ein Ergebnis der langanhaltenden Auseinandersetzungen sei, daß die Formulierung „Kinder rüsten auf“ wohl niemandem mehr angemessen erscheine, weder von der Wortwahl, noch von den Inhalten her. Im Kern gehe es um die Fragen, welche Unterstützungen Schulen brauchten, damit sie sich selbst helfen könnten und welche Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um die Zusammenarbeit all derer sicherzustellen, die in der Pflicht seien. Bei ihrer Umsetzung sei man ein beachtliches Stück vorgekommen. In diesem Zusammenhang verwies das Ministerium auf die Papiere „Netzwerke gegen Gewalt“, den gemeinsamen Runderlaß des Innenministeriums und des Kultusministeriums „Netzwerke gegen Gewalt an Schulen und im schulischen Umfeld“ und den Runderlaß „Zusammenarbeit der Schulen in Erziehungsfragen“.

Die Drucksache 11/4380 wurde von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Fraktion der CDU bei Stimmhaltung der F.D.P. abgelehnt. Die Drucksache 11/5403 wurde von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.

Frauenausschuß...

Fortsetzung von Seite 15

Änderungen in den Paragraphen 10, 14 und 64 des Gesetzesentwurfes der Landesregierung. Der Ausschuß begrüßte einvernehmlich die geplanten Änderungen und bat den federführenden zuständigen Ausschuß für Innere Verwaltung, bei einer erneuten Novelle die frauenpolitischen Gesichtspunkte verstärkt zu berücksichtigen; Marianne Hürten enthielt sich trotz grundsätzlicher Zustimmung bei der Abstimmung, weil eine von ihr vorgeschlagene weitergehende Beschlußformulierung nicht die Zustimmung der übrigen Fraktionen fand.

Fortgesetzt wurden die Beratungen zur Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen und zur Frage eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für ausländische Ehegattinnen und -gatten. Zu beiden Bereichen hat die Landesregierung eine Bundesratsinitiative eingebracht; die abschließende Beratung und Abstimmung über die entsprechenden Anträge wurde für Juni vorgesehen.



Der Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle, Walter Neuhaus (CDU, l.) und der Präsident des Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert (vorn) im Rund des Ausschusses. Foto: Schälte

Petitionsausschuß

Dozenten und Finanzen

Keine ausreichend qualifizierten Dozenten, Unterrichtsausfall und zu wenig Unterrichtsräume. Diese Probleme beschäftigen Studenten der Düsseldorfer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHSöV). Grund genug, sich an den Petitionsausschuß zu wenden.

Die Schüler wiesen darauf hin, daß hinsichtlich des Sollbestandes von 60 Prozent hauptamtlichen Dozenten zu 30 Prozent „Nebenamtler“ das Dozentenverhältnis weit unterschritten werde. Tatsache sei, daß 30 Prozent „Hauptamtler“ 70 Prozent „Nebenamtler“ gegenüberständen. Die nebenberuflich Tätigen würden aufgrund anderweitiger beruflicher Verpflichtungen keinen kontinuierlichen Unterricht gewährleisten. Da für 28 Kurse nur 21 Unterrichtsräume zur Verfügung stehen, sei es zudem schwierig, ausgefallene Unterrichtsstunden nachzuholen.

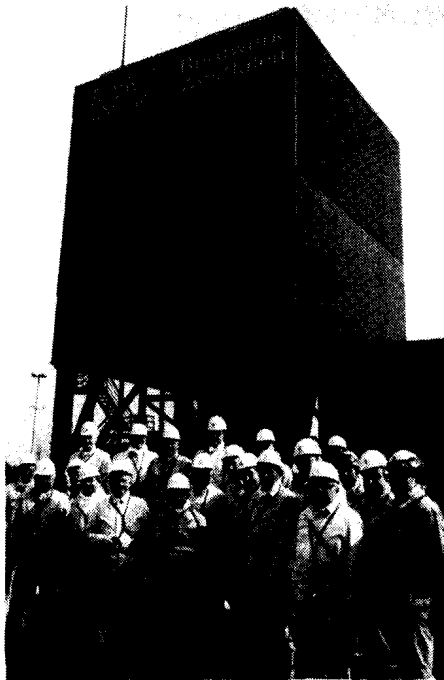
Das vom Petitionsausschuß um Auskunft gebetene Innenministerium weist darauf hin, daß man die Meßlatte eines 60prozentigen Anteils der hauptamtlich Lehrenden anstrebe. Aufgrund des Anstiegs der Studen-tenzahl müsse die FHSöV NRW Dozenten verpflichten, die nicht über einschlägige Lehrerfortbildungen verfügen. Diesen werden umfangreiche didaktische Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Das Innenministerium räumte an der Abteilung Düsseldorf Engpässe in der Unterbringung ein, die nach Verhandlungen mit dem Finanzministerium gelöst werden sollen.

Bürgerbeteiligung

„Laiengeeignetes System für Bürger-Dialog“

Aktivbürger, die sich in Planungszellen informieren, sind der öffentlichen Meinungsbildung um Jahre voraus. Das stellte jetzt der Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren an der Gesamthochschule Wuppertal Professor Peter C. Dienel in einem Beitrag über Technikfolgenabschätzung (TA) fest.

Der „Erfinder“ des Modells Planungszelle, dessen Ergebnis ein „Bürgergutachten“ ist, hält TA für ein offenes Fenster für Bürgerbeteiligung. Obwohl in Deutschland schon über 90 000 bezahlte Arbeitsstunden von Zufalls-Gutachtern in Planungszellen geleistet worden seien und politische Konflikte zunehmen, befinde sich das „laiengeeignete Dialogsystem“ noch im Wartestand. Als Forschung oder als Mittel kommunalen Managements „umgenutzt“ worden seien die Projekte Hagen-Haspe, Freizeitpark Solingen, „Konsensfindung in der Stadtplanung: Das Gevelsberger Tal“ und das Kölner Projekt „Bürger planen das Rathausviertel“. Vorausschauendes Bewußtsein hätten jedoch das Bürgergutachten Zukünftige Energiepolitik und das Bürgergutachten zu neuen Informationstechnologien erbracht. Das Bürgergutachten sei ein laiengeeignetes System gegen Staatsverdrossenheit und gegen „stille Verzweiflung am Staat“.



25 Jahre Ruhrkohle AG

Beim Besuch des Grubenausschusses im Bergwerk Westfalen (Foto), das seit Mitte 1993 zur Ruhrkohle AG gehört, kam auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Sprache, der den Einsatz der Steinkohle in Kraftwerken bis zum Jahr 2005 gemeinsam mit Fragen der künftigen Nutzung der Kernenergie regelt.

In der Sonderausgabe der Werkzeitschrift zum 25jährigen Bestehen bezeichnet Ministerpräsident Johannes Rau die Gründung der Einheitsgesellschaft als wichtigen Schritt zur geordneten Umstrukturierung: Ohne soziale und regionalwirtschaftliche Brüche AG wäre die neue Gestaltung des Ruhrgebiets sonst nicht gelungen.

Von einem Besuch auf der ehemaligen Zeche Zollern 1989 wird der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt zitiert: „**Ich habe auch in meinem politischen Leben oft genug zäh und auch hart mit Gewerkschaftsführern ringen müssen. Ich habe selten aber eine größere Nähe gespürt als unter Bergleuten und ihren Vertretern.**“

Foto: Klaus Sannemann

Kniola lädt ein:

Radfahren nach Marl

Weil allein mit dem Auto die Mobilitäts-wünsche der Bevölkerung in Zukunft nicht erfüllt werden könnten, müßten Autofahrer auf stadt- und umweltverträglichere Verkehrsmittel umsteigen, meint Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) und lädt zu einer Radverkehrskonferenz am 27. Mai 1994 im Informationszentrum der Hüls AG in Marl ein. Nicht nur für den Freizeit-, sondern auch für den Berufs- und Einkaufsverkehr in den Städten biete sich das Fahrrad an, weshalb das Land den weiteren Ausbau von Radwegen fördere.

Umschulung der Bergleute:

„Alle sind motiviert“

Im Oberhausener Bildungszentrum des Handwerks werden zur Zeit 42 Bergleute für Bauberufe umgeschult. Für die zehn zukünftigen Maurer, 19 Fliesenleger und 13 Isolierer sind die Aussichten gut, nach der gegenüber anderen Auszubildenden um fünfzehn Monate verkürzten „Lehre“ eingestellt zu werden. Die Ausbilder stellten großes Interesse und Zuverlässigkeit bei den früheren Bergleuten fest und: „Alle sind motiviert.“

Hannover-Messe '94

Oberflächentechnik auf NRW-Stand

Die Ende 1993 gegründete Plasmatechnologie-Initiative NRW stellt sich auf der Hannover-Messe erstmals der Weltöffentlichkeit vor. Das teilte Wirtschaftsminister Günther Einert dem Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mit, den er zum Besuch des Gemeinschaftsstands auf der Messe am NRW-Tag am 21. April einlud.

Unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (MWMT) nutzten 19 Firmen und Institute aus NRW die größte Industriemesse der Welt, um auf einem Firmengemeinschaftsstand ihre neuesten Verfahren und Dienstleistungen rund um das Thema „Plasma- und Oberflächentechnik“ vorzustellen.

Moderne Oberflächentechnologien zählen für viele Industriezweige zu den Schlüsseltechnologien. Diese beinhalten sowohl klassische Verfahren als auch junge Methoden wie die Plasmatechnologien. Die Einsatzmöglichkeiten der Oberflächentechnologien sind breit gefächert. Sie reichen von farbauftragenden Verfahren über thermochemische Methoden bis hin zum Lasereinsatz.

Was bedeutet das für die Praxis? Oberflächentechnologien bieten Schutz vor Korrosion und Verschleiß. Sie verbessern die elektromagnetischen Eigenschaften und Reinigungsmöglichkeiten von Material. Damit wird die Produktqualität gesteigert, die Fertigungskosten sinken und Produktionsverfahren werden umweltfreundlicher gestaltet.

Die Ende 1993 gegründete Plasmatechnologie-Initiative NRW (PlatIn) knüpft laut MWMT einen neuen Knotenpunkt im Technologienetzwerk NRW. Ihr Ziel: Das technische „Know-how“ der Plasmaverfahren soll kleineren und mittleren Unternehmen weitergegeben werden.

Sidney J. Barthelmy, Oberbürgermeister der Stadt New Orleans in den USA, hat eine Einladung zur New Orleans Jazz Parade Kempen 94 angenommen. Wie berichtet, trägt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) die Schirmherrschaft über das Festival im Mai im Rahmen der 700-Jahr-Feier der Stadt Kempen am Niederrhein.

Kommission sammelt vielfältige Erfahrungen im Austausch mit US-Stellen

Sicherer Schutz gilt Kronzeugen gegen Mafia und organisierte Kriminalität

Beeindruckt von den Bemühungen US-amerikanischer Behörden im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die illegale Einwanderung kehrten fünf Mitglieder des Ausschusses für Innere Verwaltung von einer Informationsreise in die Vereinigten Staaten von Amerika zurück. Sie hatten dort mit zahlreichen Gesprächspartnern in Washington und San Diego die Themen Bekämpfung der organisierten Kriminalität (OK) in den USA aus überregionaler und bundesstaatlicher Sicht sowie die Bewältigung der Flüchtlings- und Asylbewerberproblematik in den USA unter örtlichen und bundesstaatlichen Aspekten diskutiert. Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (SPD) in seinem Resümee: „Keine Informationsreise einer Parlamentariergruppe zu wichtigen Themen der Politik ist überflüssig. Denn einerseits lernen wir aus den Erfahrungen, die andere Länder schon gemacht haben, andererseits stellen sich viele Probleme, die uns selbstverständlich aus den unterschiedlichen Medien bekannt sind, vor Ort oftmals deutlicher oder zugespitzter dar.“

In das amerikanische Bewußtsein gedrun- gen sind die Gefahren der OK erst Mitte der 60er Jahre, so Chief Coffey von der Organized Crime and Racketeering Section des Justizministeriums in Washington, nachdem ein wichtiger Zeuge „ausgepackt“ hatte. Nachdem die amerikanische Mafia-Bewegung bis 1970 kaum zur Kenntnis genommen worden sei, habe sich der Kongreß dann damit befaßt und 1968 das Gesetz „Omnibus Crime Control and Safe Streets Act“ sowie 1970 das „Racketeering Influenced and Corrupt Organizations Statute“, (abgekürzt RICO-Gesetz) erlassen. Letzteres gab dem FBI ein Strafverfolgungsinstrumentarium zum effektiven Vorgehen gegen die Strukturen der OK an die Hand. Es habe allerdings zehn Jahre gedauert, bis das FBI den Umgang mit den Instrumenten gelernt hat und die Möglichkeiten der Verfolgung der verschiedensten kriminellen Aktivitäten voll genutzt wurden.

Coffey informierte über die Ausweitung des Bekämpfungsprogramms in den 80er Jahren und die besondere Beobachtung und Verfolgung der asiatischen und osteuropäischen Mafiabanden seit dem Jahre 1990. Seine Ausführungen betrafen den Einsatz verdeckter Ermittler, elektronischer Überwachungsmethoden, die Möglichkeiten der Aussageerzwingung und des Zeu- genschutzprogramms. Die asiatischen Täter seien noch unvorsichtig bei Benutzung des Telefons, erläuterte Roger Trott vom Federal Bureau of Investigation (FBI), weshalb das Abhören der Telefonate hier noch Erfolge brächte, obwohl die Kapazitäten der Übersetzerdienste nicht mehr ausreichen. In anderen Fällen müsse das vom Gericht zu genehmigende Mittel der elektronischen Überwachung eingesetzt werden. Davon sei im Jahre 1992 in 285 Fällen Gebrauch gemacht worden. Häufiger, räumte er auf Fragen der Abgeordneten ein, käme das Consensual Monitoring zur Anwendung, also die einverständliche Aufzeichnung, wenn einer der Gesprächspartner, zumeist ein verdeckter

Ermittler oder eine Vertrauensperson das Einverständnis zum Mithören des Gesprächs gibt und später als Zeuge zur Verfügung steht. Hierzu bedarf es keiner richterlichen Erlaubnis. Bedauerlich sei im Jahrzehnt der digitalisierten und chiffrierten Funktelefone die Unwilligkeit der Telefongesellschaften, die zum Mithören notwendigen Entschlüsselungsparameter zur Verfügung zu stellen.

Lobend erwähnt wurde die Methode, den „genetischen Fingerabdruck“ — die unverwechselbare DNA-Signatur eines jeden Individuums — als Beweismittel vor Gericht zu verwenden.

Auf großes Interesse der nordrhein-westfälischen Parlamentariergruppe stieß die Präsentation des US Marshals Service zum Zeugenschutzprogramm, zumal sie in Washington erfahren konnte, daß die Entwicklung eines entsprechenden Programms auch in der Bundesrepublik Deutschland zwischen BKA und den zuständigen Länderressorts im Gespräch ist. Es ermöglicht den umfassenden Schutz aussagewilliger Zeugen aus den Chefetagen der Drogenkartelle und anderer Banden der OK vor Repressalien, Verfolgung oder gar Tötung und schließt die Familienmitglieder mit ein. Mit einer neuen Identität und einem Wohnortwechsel verabschieden sich hiermit einverständliche Zeugen aus ihrer bisherigen Umgebung und Lebenssituation, nachdem zuvor die Voraussetzungen geprüft wurden, darunter

- die Bereitschaft des Zeugen und der Familienmitglieder,
- die Sicherung der beruflichen Zukunft unter einer neuen Identität, an einen anderem Ort, eventuell nach einer Umschulung,
- die geistige Festigkeit der betroffenen Personen,
- die Sicherstellung der notwendigen ärztlichen Versorgung und der schulischen Betreuung der Kinder.

Seit dem Jahre 1971 haben rund 6 000 Zeugen aus dem Milieu der OK dieses Programm in Anspruch genommen. Zur Zeit befinden sich noch etwa 500 Personen unter dem Schutz des US Marshals Service. Die Kosten betragen jährlich 40 Millionen Dollar. Die vom Staat bereitgestellten Wohnungen und Häuser für solche Zeugen und deren Familien reichen inzwischen nicht mehr aus. Bisher war das Schutzprogramm in all denjenigen Fällen erfolgreich, in denen sich die zu Schützenden an die Vereinbarungen mit der Behörde gehalten haben. Die Zahl der nichtamerikanischen Zeugen nimmt zu. Man hofft, später einmal Zeugen mit anderen Ländern austauschen zu können, wenn dort entsprechende Methoden angewandt werden.

In der dem Finanzministerium unterstehenden Zollbehörde (US Customs), deren Special Agents mit Polizeibefugnissen ausgestattet sind, begrüßten Direktor Steve Walton und Senior Special Agent Hugh Vanderdoss die Kommissionsmitglieder aus Nordrhein-Westfalen. Man sei gespannt auf die Entwicklung der EU und ihrer Euro-Pol, so Walton; Europa werde mit Sicherheit eine

effektive Euro-Zollbehörde benötigen, deren Bedienstete in gemeinsamen Aus- und Fortbildungslehrgängen geschult sowie in gemeinsamen Übungseinsätzen trainiert werden müßten.

20 000 Mitarbeiter sind für die US Customs tätig, davon 3 000 Special Agents. Die Behörde überwacht den In- und Export, inspiert und kontrolliert an Flug- und Schiffshäfen sowie an den Grenzübergängen, unterhält Verbindungsbüros in Übersee (so auch in der Bundesrepublik Deutschland) und nimmt neben der Schmuggelabwehr die Aufgaben zur Veränderung der Geldwäsche durch Bandenmitglieder der OK und der Drogenkartelle wahr. Hierzu dient die Erfassung von Geldtransaktionen bei den Banken, wenn es sich um Summen über mehr als 10 000 US-Dollar handelt. Diese Informationen werden durch die Banken gespeichert und können von US Customs unmittelbar abgerufen werden.

Die Geldwäsche war bei der IRS (Internal Revenue Service) erneutes Thema. John Fowler, Special Agent der Steuerfahndung, schilderte die Entwicklung einer Strategie zur Verhinderung der Geldwäsche. Die Verpflichtung der Banken zur Datenerfassung bei Einzahlungen von mehr als 10 000 US-Dollar basiert auf dem Bank Secrecy Act aus dem Jahre 1970. Es wurde im Jahr 1986 verbessert durch ein Gesetz, das ermöglicht, auch die gehäufte Einzahlung von Summen zu verfolgen, die den genannten Betrag unterschreiten.

In der Kreispolizeibehörde von San Diego, der fünfgrößten Polizeibehörde der Vereinigten Staaten, wurden nicht nur die Zuständigkeiten und Methoden zur Verminderung oder Verhinderung von Drogen- und Waffenschmuggel, sondern auch die Einbeziehung der Bevölkerung in die Polizeiarbeit geschildert. Im Rahmen des Crime Prevention Programms finden die Volontäre vielfache Verwendbarkeit im Verwaltungsbereich, bei öffentlichen Veranstaltungen, zur Bewachung leerstehender Wohnungen und Häuser sowie bei größeren Unglücken und Katastrophen. Auch sporadische Besuche bei alten oder behinderten Menschen gehören zu ihren Aufgaben. Die Volontäre arbeiten freiwillig (ohne finanzielle Entschädigung) und können einmal wöchentlich für vier bis sechs Stunden eingesetzt werden, acht Stunden pro Monat (am Wochenende) sofern sie noch berufstätig sind. Nur tagsüber dürfen sie ihre Hilfsdienste verrichten. Sie haben keine polizeilichen Befugnisse, müssen vielmehr die Polizei benachrichtigen und hinzuziehen, wenn dies erforderlich scheint. Es wurde betont, ohne diese freiwilligen Helfer wären viele Dienste der Polizei nicht mehr wahrnehmbar.

Besucht wurden hier auch die Border Patrol (Grenzschutz), die Einwanderungsbehörde am Grenzübergang zu Mexiko sowie die Drug Enforcement Administration (DEA), also die gegen Rauschgiftschmuggel spezialisierte Einheit, die im Kampf gegen die Drogen mit FBI, US Customs, Border Patrol, INS und Polizeibehörden kooperiert. Hier, wie schon zuvor in Washington, gingen die Gesprächspartner auf die neue Philosophie von Präsident Bill Clinton ein, der ein größeres Gewicht auf Rehabilitation legt und für entsprechende Maßnahmen zusätzlich 850 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt hat. Damit hat sich das Ausgabenverhältnis für

Maßnahmen der Repression einerseits und der Rehabilitation andererseits auf 59:41 (bisher 68:32) verbessert. Für die Zukunft ist die Umkehr dieses Verhältnisses, also die deutliche Betonung der Rehabilitation geplant. Das Drogenproblem hat vor allem deshalb eine so schwerwiegende Bedeutung, weil die Vereinigten Staaten durch das aus lateinamerikanischen Ländern stammende Kokain überschwemmt werden.

Insgesamt, so wurde überall betont, reichen die rechtlichen Möglichkeiten zur Kriminalitätsbekämpfung aus. Vielerorts würden allerdings mehr Mittel und Personal zur Erhöhung der Erfolgsquote benötigt.

Die hohe Zahl der illegalen Einwanderer stellt ein weiteres Problem dar, mit dem sich die Behörden in San Diego zu beschäftigen haben. Die Einwanderer kommen per Boot an die Küste oder zu Fuß über die Grenze zwischen Mexiko und den Südstaaten. Allein in der südkalifornischen Region werden jährlich 500 000 illegale Einwanderer an der Grenze aufgegriffen. Seit im Jahre 1991 ein Zaun errichtet wurde, der vom Pazifik bis in die Wüstengebiete reicht, ist die Zahl der illegalen Einwanderer schätzungsweise um 70 Prozent zurückgegangen. Diese Schutzmaßnahmen reichen vielen US-Bürgern nicht aus. Ein Kongreßmitglied, so war in Washington zu erfahren, hatte die Errichtung eines 50 Meter hohen Betonwalls gefordert.

Für radikale Maßnahmen setzt sich auch eine Interessenorganisation mit der Bezeichnung FAIR (Federation for American Immigration Reform) ein, die ihren Hauptsitz in Washington hat. Ihr Verwaltungsdirektor Daniel A. Stein schilderte die Einwanderungswellen seit Beginn der Besiedlung und Gründung der Staaten. Jetzt solle die Zahl der Einwanderer drastisch reduziert werden, ohne dabei eine bestimmte Volksgruppe zu bevorzugen oder auszuschließen. Seine Organisation tritt für ein Bevölkerungs-Stabilisierungsprogramm ein, also eine rein numerische Begrenzung durch Ausschluß des Asylmißbrauchs, Verhinderung der illegalen Einwanderung sowie ein in Vorbereitung befindliches Moratorium, welches vorsieht, für eine bestimmte Zeit überhaupt keine Einwanderer mehr aufzunehmen.

Das Programm richtet sich insbesondere gegen die Immigranten (jährlich 800 000) und die im Vergleich relativ kleine Gruppe der

Asylbewerber. Asylanter sollte nur noch Schutzaufnahme auf Zeit gewährt werden. In dieser Zeit sollte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich aktiv für eine politische Stabilisierung der Verhältnisse in ihrem Herkunftsland einzusetzen. Die Organisation appelliert an die westlichen Industrieländer, sich zu konsolidieren, in gleicher Weise zu verfahren und die jeweiligen Grenzen zu respektieren.

Mit Vertretern der Immigration and Naturalization Service (INS), also der Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde in Washington, wurde die Asylproblematik erörtert. Einen Anspruch auf Gewährung von Asyl kennt die amerikanische Verfassung nicht. Auch gibt es keine Drittstaatenregelung. Hauptsächlich handelt es sich bei Asylbewerbern um legale Einwanderer. Werden zumeist die illegalen Einwanderer an der Grenze sofort wieder abgeschoben, können sie jedoch verlangen, einem Einwanderungsrichter gegenübergestellt zu werden. Bis zu diesem Termin werden sie in einem Wartelager untergebracht. Die Kosten für ihre Verpflegung und einen eventuellen Rechtsbeistand müssen sie selbst aufbringen. Neben den verfügbaren 4 000 Plätzen in den Lagern können noch 1 000 weitere in den Gefängnissen genutzt werden. Die Kapazitäten sollen auf 7 000 vergrößert werden. Ein Reformprogramm, das im Oktober in Kraft treten wird, soll die Situation erleichtern. Dabei ist auch vorgesehen, Asylbewerber keine Arbeitserlaubnis mehr zu erteilen, solange über ihren Antrag nicht entschieden wurde. Der Einwanderungsrichter muß nach spätestens 120 Tagen eine Entscheidung fällen. Ist nach 180 Tagen noch keine Entscheidung über den Asylantrag gefallen, muß dem Bewerber nach bisherigem Recht die Arbeitserlaubnis erteilt werden. Die Reform zielt auf eine Beschleunigung dieser Verfahren sowie auf eine Vermeidung willkürlicher Asylbewerber-Anträge.

Von der Durchführung der Grenzkontrollen konnten sich die Reisetilnehmer am Grenzübergang San Ysidro ein Bild machen. An diesem Grenzübergang werden täglich 45 000 Autos und jährlich mehr als 50 Millionen Menschen abgefertigt. In 24 Spuren stehen die Autoschlängen bei der Einreise in die Vereinigten Staaten. Die abfertigenden Beamten haben pro Fahrzeug nicht mehr als 30 bis 40 Sekunden zur Verfügung.

Familienbildung

Gefahren durch steigende Gebühren

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat unter Leitung seines Vorsitzenden, Erich Heckelmann (SPD) am 14. April in der Evangelischen Familienbildungsstätte in Duisburg-Duisern getagt. Er folgte damit einer Einladung des Arbeitskreises „Familie“ der sechs Duisburger Familienbildungsstätten zu einem Dialog zum Thema „Situation der Familienbildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen am Beispiel der Duisburger Familienbildungsstätten“.

Wilhelm Meyer, Sprecher des Duisburger Arbeitskreises und Leiter des DRK-Familienwerkes, begann mit dem Hinweis, die Familie sei ein hochsensibles Gebilde, das einer Vielzahl von Problemen und Belastungen ausgesetzt sei; vielfach werde erwartet, daß sie allein damit fertig werde. Die Praxis der Familienbildungsarbeit in Duisburg nehme diese Problemlagen auf; ihr Ziel sei es, in der Familienbildung Lernprozesse in Gang zu bringen, die Familie befähigen, ihren Alltag zu meistern sowie Perspektiven für die Gestaltung des Familienalltags zu gewinnen. Zu den unterschiedlichen Zielgruppen gehören unter anderem Paare, Eltern, Kinder und Jugendliche, Familien in besonderen sozialen Situationen, insbesondere auch Ausländer und Aussiedlerfamilien, sowie alleinerziehende Mütter mit Kindern. Diese Arbeit wird in Duisburg von 30 hauptberuflichen pädagogischen und 750 nebenberuflichen pädagogischen Kräften an rund 8 000 Teilnehmertagen oder 100 000 Unterrichtsstunden im Jahr geleistet; mit dem Angebot werden jährlich etwa 70 000 Interessenten in Duisburg erreicht.

Allerdings, so Meyer, stecke die Familienbildung in einem Dilemma. Während die Familienbildung einerseits durch viele Bekenntnisse und auch durch das KJHG eine Aufwertung und Stärkung erfahre, nehme gleichzeitig die finanzielle Förderung sowohl durch das Land, aber auch durch Kommunen prozentual ab; in Duisburg sei die kommunale Mitförderung bereits 1976 ausgelaufen.

Die Finanzsituation der Familienbildungsstätten in NRW wurde anschließend durch Helga Hege, Vorsitzende des Arbeitsausschusses „Familienbildungsstätten und Weiterbildung“ der AG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege konkretisiert. Zwischen 1983 und 1992 sei der Anteil der Landesmittel an den Gesamtaufwendungen trotz besonderer Förderungen und einer Erhöhung der Personalkostenpauschale insgesamt von 45 auf 35 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum seien die Eigenmittel der Träger durchschnittlich um 125 Prozent gestiegen; bei den Teilnahmegebühren habe die Steigerung 61 Prozent betragen.

Vor diesem Hintergrund formulierte sie die Erwartungen der Familienbildung an die Landespolitik: Die jetzige Struktur der Familienbildung habe einen sehr knapp bemessenen Personalstand zur Folge. Gleichzeitig decke die Personalkostenpauschale des Landes nur noch 40 Prozent der tatsächlichen Personalkosten und nicht mehr die bei Einführung des Weiterbildungsgesetzes ins Auge gefaßten 60 Prozent; hier sei eine re-

(Fortsetzung Seite 20)



Schwarz auf weiß und gesiegelt: Die Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung hält die vom Gouverneur des Bundesstaates Maryland, Schaefer, unterzeichnete Urkunde über die Verleihung der Ehrenbürgerschaft in den Händen (v.l.) Klaus Stallmann, Wolfgang Jaeger (beide CDU), Irmgard Schmid, Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (beide SPD), Ausschußassistent Wolfgang Fröhlecke und Edgar Moron (SPD). In der Bildmitte Minister of State Tyrass S. Athey, der den Gouverneur vertritt. Die NRW-Delegation wurde in der Hauptstadt Annapolis vom Bürgermeister empfangen und bei der Eröffnung der Plenarsitzung des Parlaments von Maryland vom Präsidenten begrüßt.



Die Damen-Nationalmannschaft der südkoreanischen Fechter, Florett und Degen, hat den nordrhein-westfälischen Landtag besucht. Die Führung im Parlament übernahm der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Wuppertaler Abgeordnete, Uwe Herder (hinten, 3. v.r.), die Betreuung oblag Werner Lucas. Die Koreanerinnen, unter denen sich drei Teilnehmerinnen der Fecht-Weltmeisterschaft in Essen vom vorigen Jahr befanden, hielten sich 14 Tage in der Bundesrepublik auf. Sie waren Gäste des Wuppertaler Fechtclubs. Zu einem Erinnerungsbild bezogen die Sportlerinnen vor einem Nagelbild des Düsseldorfer Künstlers Günther Uecker Position.

Familienbildung...

Fortsetzung von Seite 19

gelmäßige Anpassung erforderlich. Anzuheben sei auch die Förderquote bzw. der Pauschalbetrag für die Unterrichtsstunden; zur Zeit würden lediglich 55 Prozent des tatsächlich durchgeführten Volumens vom Land auch gefördert. Sie schloß mit dem Hinweis, daß der laufende Haushaltsplan eine zehnprozentige Kürzung vorsehe und darüber hinaus noch eine weitere zehnprozentige Haushaltssperre drohe: „Eine solche Kürzung sollte nicht nur im Jahr der Familie noch einmal überdacht werden.“

In der Diskussion fragte Beate Scheffler, Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuß, nach dem Spektrum des Teilnehmerkreises und inwieweit für die Gruppen, die sonst schwer zu erreichen seien, gezielt Werbung betrieben würde. Herr Zehlenbach, Leiter der Evangelischen Familienbildungsstätte in Duisburg-Duisern, erläuterte dazu, daß eine enge Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, z. B. dem VAMV oder Bürgerzentren bestehe. Eine dezentrale Arbeit sei über die einzelnen Kirchengemeinden sehr gut möglich; darüber hinaus würden in verschiedenen Ortsbereichen besondere Nachbarschaftstreffs, zum Beispiel für Arbeitslose, angeboten.

Georg Gregull (CDU) hielt es für bedenklich, bestimmte Kursangebote durch die Staffelung der Teilnahmegebühren zu „Elitkursen“ zu machen; auch diese Kurse müßten grundsätzlich für Einkommensschwache zugänglich sein. Auf seine Frage, inwieweit angesichts der finanziellen Situation noch Instandhaltungen möglich seien, erwiderte Herr Schmidt, Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Familienbildungsstätten, daß dies kaum noch möglich sei. Regina van Dinther (CDU) erinnerte daran, daß Weiterbildung noch vor einiger Zeit – auch finanziell – auf wenig Interesse gestoßen sei. Angesichts der gesellschaftlichen Probleme komme der Familienbildung zunehmend eine wichtigere Rolle zu, so daß

sich vielleicht auch die finanzielle Situation günstiger darstelle. Dr. Reinald Eichholz, Kinderbeauftragter und im MAGS zuständig für den Bereich der Familienbildung, unterstrich, daß gerade die Familienbildung an den Wurzeln der gesellschaftlichen Probleme ansetze.

Zum Stichwort „Landesförderung“ erläuterte LMR Dr. Metzmacher (MAGS), daß über eine Weiterführung oder Aufhebung der Haushaltssperre in Kürze beraten werde. Otti Hüls (CDU) sprach sich in diesem Zusammenhang für eine deutlichere Prioritätensetzung aus: Für „Reparaturleistungen“ würden die notwendigen Mittel in der Regel immer bereitgestellt, bei den in der Regel freiwilligen Leistungen für die Prävention werde dagegen gekürzt.

Horst Radtke (SPD) regte an, im Hinblick auf die Frage der Teilnahmegebühren auch einmal über eine Staffelung nach Einkommen nachzudenken. Darüber hinaus sprach er die Konkurrenz der Familienbildungsstätten zu den Angeboten privater Anbieter, z. B. im Sportbereich, an. Abschließend erinnerte er daran, daß der Landtag die Landesregierung aufgefordert habe, die Richtlinien zu überprüfen; darin seien auch die Familienbildungsstätten einzubeziehen. Seiner Auffassung nach könne bei sinkenden Kostenanteilen kein hundertprozentiger Finanzierungsnachweis verlangt werden.

Bernd Flessenkemper (SPD) stellte fest, daß sich die Zunahme von Brennpunkten in einer veränderten Nachfrage bzw. in einer Änderung der Angebotsstrukturen niederschlagen müßte; ihn interessierte, ob dies von den Familienbildungsstätten überhaupt geleistet werden könnte und ob es beispielsweise konkrete Hindernisse in den Richtlinien gebe. Wilhelm Meyer bestätigte, daß sich die Angebotsstrukturen tatsächlich geändert haben; Angebote für ausländische und Ausiedlerfamilien, Freizeiten für Familien oder deutsche und ausländische Kinder gemeinsam würden zunehmend wichtiger. Eine enge Kooperation mit anderen Stellen, nach der Erika Rothstein (SPD) gefragt hatte, finde dabei natürlich statt.

Leser schreiben ...

Berufsschulen

(„Landtag intern“ Nr. 4/1994, Meldung über Berufsschulen)

In Ihrer Kurznotiz „Berufsschulen“ in „Landtag intern“ vom 1. März 1994, Seite 13 schreiben Sie, daß eine Angleichung der Lehrer-Schüler-Relation in Berufsschulen für Körperbehinderte (Sonderschulen) auf das Niveau der Regelberufsschulen laut Kultusminister Schwier als nicht „angemessen“ anzusehen ist. Diese Angabe steht nur in einem bedingt richtigen Zusammenhang mit der Kleinen Anfrage 2364.

In der Vergangenheit gab es aufgrund der gestiegenen Anforderungen gestufte Verbesserungen der Lehrer-Schüler-Relation nur für Regelberufsschulen, und zwar von 51:1 auf 39,4:1 entsprechend 22,75 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhielten die Berufsschulen für Körperbehinderte, obwohl auch hier von den gleichen gestiegenen Anforderungen, z. B. für den Bereich der Neuen Technologien in den neu geordneten Berufen ausgegangen werden muß und gleichzeitig die sonderpädagogischen Anforderungen zu erfüllen sind, keinerlei Verbesserung der Relation.

Die überfällige Überprüfung des Lehrerbefehrs zur eventuellen Anpassung der Lehrer-Schüler-Relation in Berufsschulen für Körperbehinderte darf meines Erachtens nicht von der Haushaltslage abhängig gemacht werden. Durch eine solche Maßnahme würden körperbehinderte Jugendliche in unserer Gesellschaft noch zusätzlich benachteiligt.

(„Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

Drogensucht

Die Landesregierung trete seit langem für Werbebeschränkungen im Bereich Alkohol, Arzneimittel und Zigaretten ein. Noch im November 1993 habe sie auf der Gesundheitsministerkonferenz der Länder im Einvernehmen mit den anderen Länderressorts die bereits 1991 erhobene Forderung an die Bundesregierung erneuert und diese nachdrücklich aufgefordert, unter Berücksichtigung des Votums auch des Bundesrates von 1993 endlich weitgehende Beschränkungen für die Werbung von Tabakwaren im nationalen Recht zu verankern. Das teilt das Gesundheitsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen zu einer Kleinen Anfrage der CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz und Dr. Hans-Ulrich Klose mit, die mit dem Satz „Negative Auswirkungen der Werbung hinsichtlich der Drogensucht“ überschrieben ist. In der Antwort heißt es weiter, die Gesundheitsministerkonferenz erwarte zudem eine baldige Äußerung der Bundesregierung gegenüber ihrer Forderung, das Aufstellen von Zigarettenautomaten zu untersagen.

Literatur

Westfalen prägten Gesicht der Städte im Osten

Wilhelm Kohls Geschichte eines Landesteils auch für rheinische Leser

Für die Westfalen im Bindestrich-Land bietet Verfasser Wilhelm Kohl, Leitender Staatsarchivdirektor a. D., ureigenen Lesestoff. Aber auch das Interesse der Rheinländer wird sich mit dieser Geschichte Westfalens wecken lassen. Denn Verbindungen sind unübersehbar, die auch schon bestanden haben, ehe die Engländer nach dem letzten Krieg hingingen und die Grenzen eines neugefügten Bundeslandes in einem neuen demokratischen Deutschland festlegten. Ministerpräsident Johannes Rau erläutert in seinem Vorwort zum Bindestrich zwischen Westfalen und dem Rheinland: „Unser Landesbewußtsein schließt natürlich das Wissen um die Geschichte und um die Traditionen der Landesteile und der Landschaften Nordrhein-Westfalens ein. Um so mehr freue ich mich über das Erscheinen der ‚Kleinen Westfälischen Geschichte‘ von Professor Dr. Wilhelm Kohl, die uns die Entwicklung Westfalens von den frühesten Anfängen bis in die Gegenwart in lebendiger Weise vor Augen führt und die dabei das typisch Westfälische ebensowenig vergißt wie die mit dem Rheinland verbindenden Elemente.“ Aus dieser Erkenntnis heraus will der Verlag der Geschichte Westfalens deshalb auch in Form einer „Kleinen Rheinischen Geschichte“ ein historisch literarisches Pendant, verfaßt vom Direktor des Institutes für Geschichtliche Landeskunde in Bonn, Professor Dr. Wilhelm Janssen, im Jahr 1995 gegenüberstellen, oder besser gesagt, beigesellen.

Kohls „Kleine Westfälische Geschichte“ ist eine einbändige Aktualisierung, zum Teil auch Neufassung der „Westfälischen Geschichte in drei Textbänden und einem Bild- und Dokumentarband“, die bis 1984 vom gleichen Verfasser im Verlag Schwann herausgegeben worden war. Die komprimierte Gesamtdarstellung der historischen Abläufe hat dem Anliegen, Westfalens Geschichte einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, sehr genutzt. Vor allem den Schulen,

vorrangig im Landesteil Westfalen, sei das Werk ans Herz beziehungsweise aufs Pult gelegt.

Angefangen hat die Geschichte Westfalens mit einer ersten Erwähnung im Jahre 775, in einer Zeit, als die Sachsen in das Fränkische Reich vereinnahmt wurden. Es war die Epoche des fränkischen Königs Karl, der später der Große genannt wurde. Aber Westfalens Grenzen waren bis 1815, als es preußische Provinz wurde, eigentlich nie festgelegt. Die westfälische Landkarte blieb in frühen Zeiten sozusagen in Bewegung. Das hatte seinen Grund darin, daß Westfalen immer ein ausgesprochenes Durchgangsland war. Es bildete keine großen eigenen kulturellen Zentren aus, erwies sich aber als aufgeschlossen gegenüber den Einflüssen aus dem hochentwickelten niederländischen oder auch aus dem skandinavischen Raum, wobei Westfalens Bewohner bis heute eine gewisse Urwüchsigkeit und vor allem Bodenhaftigkeit zeigten. Der Verfasser mag das nicht leugnen.

In einem grundlegenden Kapitel über Bewohner und Sprache wird darauf eingegangen. Es schließen sich Zusammenfassungen früherer Zeiten, des Mittelalters, der frühen Neuzeit, des 19. Jahrhunderts und des Zeitraums vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg an. Damit westfälische Leser nicht nur erfahren, wo sie herkommen, sondern auch wissen, wo sie heute stehen, schließt der allgemeine Textteil mit einem Beitrag unter der Überschrift „Westfalen im Lande Nordrhein-Westfalen“. In ihm wird auf die politische Neuordnung, auf westfälische Selbstverwaltung, auf die kirchliche Entwicklung und die der Kunst vom Kriegsende bis heute im westfälischen Landesteil eingegangen. Auch Wirtschaft und Verkehr finden ihre Würdigung.

In einem Rückblick, verbunden mit einer Vorausschau, weist Kohl darauf hin, daß Westfalen im Hochmittelalter das Hauptkon-

tingent unter den nach Osten Wandernden stellten, die das Gesicht der neugegründeten Städte an der Ostseeküste zwischen Lübeck und Reval prägten, und daß sich zwischen London im Westen und Nowgorod im Osten ein von westfälischen Kaufleuten bestimmtes Handelssystem entwickelte, dem unter seinem Namen Hanse noch heute ein geradezu mythisches Image anhaftet.

Westfalen, das belegt der Autor, hat eine große Vergangenheit. In seinem Ausblick gesteht er indessen dem gegenüber dem flinken Rheinland gemächlich erscheinenden und gerade deshalb so anziehenden Landesteil auch Zukunft zu. Dem Historiker gebühre keine Rolle als Prophet, meint Kohl. Aber er sieht Chancen in Neuansätzen von Gestaltungsprinzipien in strukturell verwandten „Regionen“ über noch gültige staatliche Grenzen hinweg, zum Beispiel in der niederländisch-westfälischen Euregio. Der realisierbare Traum des Geschichtswissenschaftlers von der partiellen Grenzüberschreitung zeigt: Die Hoffnung leider nicht aller, aber die einzige Lösung bleibt Europa.

Eckhard Hohlwein

(Wilhelm Kohl, *Kleine Westfälische Geschichte, mit einem Vorwort von Johannes Rau, Patmos-Verlag Düsseldorf, 380 Seiten und 67 Abbildungen, gebunden, 39,80 Mark*)

Rechtsverhältnisse

Der Landtag hat das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt Detmold, das von der Landesregierung vorgelegt worden war, nach der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in zweiter Lesung ohne Debatte verabschiedet (Drs. 11/6199, 6809).

Flüchtlingspolitik...

Fortsetzung von Seite 9

ment, erhalten. Vesper verwies darauf, Kurzintervention gebe es bereits im Bundestag, dort aber nicht in der Fragestunde, sondern bei normalen Debatten. Es spreche nichts dagegen, das im Landtag in die Fragestunde einzuführen. Für den Fragesteller müsse es eine Möglichkeit geben, eine kurze Bewertung an das Ende seiner Frage zu stellen. Landtagspräsidentin Ingeborg Fribe hielt dem entgegen, das Problem sei, daß dann der Fragesteller eine Bewertung vornehmen könne, aber keiner aus den anderen Fraktionen. Von daher habe sie eher Bedenken. Hagen Tschoeltsch meinte, man solle dennoch überprüfen, ob das „Mittel der Kurzintervention“ aufgenommen werden sollte, denn es habe sich offensichtlich in den Debatten des Bundestages bewährt. Jürgen Büsow hielt davon nichts. Der Charakter der Fragestunde gehe verloren.

„Kurzintervention in der Debatte ist eine andere Geschichte“, folgerte der Abgeordnete. Den Schlußpunkt setzte Vesper mit einer eingängigen Erklärung des parlamentarischen Instrumentes „Aktuelle Stunde“: „Aktuell ist eine Aktuelle Stunde dann, wenn sie ein aktuelles Thema behandelt, das der Bevölkerung auf den Nägeln brennt.“

Schwangerschaft

Aus unterschiedlichen Gründen nehme die Zahl von jungen Frauen zu, die während ihrer Schulzeit schwanger würden. Häufig wendeten sie sich in ihrer Situation an die Klassenlehrerin mit der Bitte um Hilfestellung. Das berichtet die CDU-Landtagsabgeordnete Beatrix Philipp in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Das Kultusministerium meint in seiner Antwort dazu, ihm lägen keine Informationen vor, die diese Feststellungen stützten (Drs. 11/6622).



Fraktionsinterner Meinungsaustausch vor Beginn der Sitzung des Hauptausschusses: v.r. der Abgeordnete Norbert Giltjes, Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (beide CDU), ein Fraktionsmitarbeiter sowie der CDU-Sozialpolitiker Hermann-Josef Arentz. Foto: Schälte

SPD-Fraktion

Ein moderner Staat braucht eine moderne Verwaltung

„Ein moderner Staat braucht eine moderne Verwaltung. Und in einem auf Effektivität ausgerichteten öffentlichen Dienst wirkt das geltende Dienstrecht wie ein Relikt aus einer versunkenen Epoche.“

Mit dieser These spricht sich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, für eine umfassende Neuorientierung der öffentlichen Verwaltungen aus. Genau wie die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten, sei auch

die Unterscheidung zwischen Beamten und Angestellten schon lange nicht mehr auf der Höhe der Zeit, stellt Farthmann fest. Sie erfüllten oft haargenau dieselben Aufgaben. Im Interesse einer leistungsorientierten Verwaltung müßten deshalb die historischen bedingten Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen schrittweise abgebaut werden.

Neben einem einheitlichen Dienstrecht brauche die öffentliche Verwaltung auch ein neues Besoldungssystem, führt Farthmann weiter aus. Diejenigen Beschäftigten sollten belohnt werden, die ihre Aufgaben schnell und gut erledigen. Das setze ein modernes und glaubwürdiges Personal-Beurteilungssystem voraus.

Als ein positives Beispiel erwähnt der SPD-Fraktionschef die Stadt Dortmund. Das Dort-

munder Sozialamt hatte eine freigewordene Stelle nicht neu besetzt. Vielmehr wurde die Arbeit von den übrigen Bediensteten übernommen, denen wiederum das eingesparte Geld der nicht wiederbesetzten Stelle zugute kommt.

Farthmann spricht sich dafür aus, kommunale Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Müllabfuhr, grundsätzlich öffentlich auszuschieben, damit die Bürger vom kostengünstigsten Angebot profitieren. Dies schließt allerdings nicht aus, daß sich auch kommunale Unternehmen dem Wettbewerb mit privaten Anbietern stellen könnten.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Skopje: CDU fordert für Asylpolitik Konsequenzen

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi, hat Landesinnenminister Schnoor (SPD) aufgefordert, Konsequenzen aus dem Abschlußbericht der Staatskanzlei zum Re-Integrationsprogramm Skopje zu ziehen und seine Asylpolitik in grundsätzlichen Punkten zu ändern. Der Bericht habe die Auffassung der CDU bestätigt, daß die noch in NRW lebenden Roma aus dem Raum Skopje kein Recht auf Asyl hatten. So hat der für das 15 Millionen

Mark teure Projekt verantwortliche Minister Clement selbst eingestanden: „Dies können alle am Projekt Beteiligten aus sorgfältiger Beobachtung bestätigen: Es gibt weder systematische Diskriminierung noch staatliche Unterdrückung oder gar Gewalt gegen Roma.“

Angesichts dessen, so Frau Hieronymi weiter, stelle sich die Frage, welche Konsequenzen Innenminister Schnoor (SPD) für die noch in NRW lebenden Roma, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde, zu ziehen gedenkt. „Ausgehend von den Zahlen der Landesregierung von Ende 1990 müssen sich allein aus dem Raum Skopje noch 800 Roma in NRW aufhalten.“

„Der Ministerbericht hat unsere von Beginn des Programms an gehegte Befürchtung leider bestätigt, daß durch die Alimentation der

Landesregierung die Motivation der Rückkehrer schwinden könnte, eine eigenständige Existenzsicherung in ihrer Heimat aufzubauen“, sagte Frau Hieronymi. Allein der unermüdlichen Arbeit der in Skopje tätigen Mitarbeiter von Caritas und den Schwestern Teresa sei es zu verdanken, daß sich zumindest die humanitäre Situation in dieser Region verbessert habe.

„Die SPD-Landesregierung habe es auch mit Millionenaufwand nicht geschafft, den in ihre Heimat zurückgekehrten Roma in einem großen Umfang Arbeitsstellen mit wirtschaftlicher Perspektive zu vermitteln“, so die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende weiter. „Die bisher geschaffenen Arbeitsplätze drohen vielmehr zu einer finanziellen Dauerbelastung des Landes NRW und somit zu einem Faß ohne Boden zu werden.“

F.D.P.-Fraktion

Wohnungen für alle – Warum nicht?

Das war das Thema eines Wohnungsbauforums, das die F.D.P.-Landtagsfraktion am 15. April 1994 im Landtag von Nordrhein-Westfalen durchführte.

Vor rund 150 Fachleuten gab die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Irmgard Schwaetzer, Antwort auf die hochaktuelle Frage: „Wohnungen für alle durch liberale Wohnungsbaupolitik?“

Im Anschluß daran erörterten die Teilnehmer in drei Arbeitskreisen die Schwerpunktthemen

1. Unbeschränkter Wohnungsbedarf oder Marktwirtschaft?
2. Muß der Bau von Wohnungen ständig teurer werden?
3. Grundstücksknappheit als naturgegebener Kostentreiber?

Die Einführungsreferate in diese Problembe- reiche hielt Dipl.-Ing. Emil Bast von der BAST Bau GmbH, das Vorstandsmitglied der VEBA Immobilien AG, Dipl.-Ing. M. Kretschmer, und Dr. Rolf Tiggemann von der LEG NRW. Dank der Sachkunde der Referenten und der Aktualität der Schwerpunktthemen

entspannen sich in allen drei Arbeitskreisen fruchtbare Diskussionen, deren Ergebnisse anschließend im Plenum vorgetragen wurden.

Mit einer Ergebniszusammenfassung durch den wohnungsbaupolitischen Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, Hans-Joachim Kuhl MdL, endete der offizielle Teil dieses Wohnungsbauforums, das viele Teilnehmer anregte, den in den Arbeitskreisen begonnene Gedankenaustausch beim anschließenden Büffet-Empfang fortzusetzen und abzurunden.

Über das Ergebnis des Wohnungsbauforums wird die F.D.P.-Landtagsfraktion eine Dokumentation vorlegen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Mit einer IBA ist es nicht getan

„Die Ergebnisse sind widersprüchlich“, das hat die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag, Gisela Nacken, zur Zwischenpräsentation der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“ festgestellt. „Viele Projekte, insbesondere im Wohnungs- und Städtebau, stellen eine Umsetzung grüner Vorstellungen dar. Zugleich aber wird die Zielsetzung, eine alte Industrieregion zu erneuern und die Emscher-Region in einen riesigen Park zu verwandeln, durch entgegengesetzte

Maßnahmen der Landesregierung und der Kommunen ins Gegenteil verkehrt. Die Kommunen und traditionellen Wohnungsbauträger sind offenbar nicht in der Lage, von selbst eingefahrene Wege zu verlassen. Das krasseste Beispiel für diese den städtebaulichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen der IBA widersprechenden Politik ist das Großprojekt ‚Neue Mitte Oberhausen‘.“

Außerdem werde durch den Modellstatus und die zu geringe Reichweite der IBA von vornherein nur eine begrenzte Wirkung erreicht. Außerhalb der IBA-Region findet man nur sehr wenige Projekte, die den Zielen der Bauausstellung entsprechen. Gisela Nacken: „Die IBA ist für die Landesregierung insgesamt nur ein Vorzeigunternehmen, in dessen Schatten die unökologische und unsoziale Politik weiterbetrieben wird. Dies ist eine Politik ohne Perspektive für NRW.“

Das wird auch in der Wohnungspolitik sichtbar. Während im Rahmen der IBA Projekte gefördert werden, die die gesellschaftlichen Veränderungen in der Familie und den Lebensstrukturen berücksichtigen, kommen 95 Prozent des sozialen Wohnungsbaus immer noch von der Stange. Für viele Nutzerinnen und Nutzer heißt das, daß die Grundrisse wie schlecht sitzende Anzüge kneifen. Das zugrundeliegende Modell, eine Familie bestehend aus berufstätigem Vater, einer Kinder versorgenden Mutter und ein bis zwei Kindern, ist längst nicht mehr der Regelfall. Die IBA hat nicht nur neue soziale und ökologische Konzepte für die Wohnungen, sondern auch für das Wohnungsumfeld und die Stadtviertel entwickelt. Mit der Stadt der kurzen Wege wird hier grüne Programmatik verwirklicht. In diesem Sinne brauchen wir viele Internationale Bauausstellungen in NRW. Mit einer IBA Emscher Park ist es nicht getan.

Ausschußsitzungen

Die Ausschüsse und Unterausschüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen tagen in der Regel in einem festen Turnus. Nur die Sitzungen des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses werden einzeln festgelegt. Der normale Wochenplan sieht so aus:

Montag

Sportausschuß

Dienstag

Ausschuß für Haushaltskontrolle; Petitionsausschuß

Mittwoch

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge; Ausschuß für Schule und Weiterbildung; Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie; Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung; Rechtsausschuß; Ausschuß für Kommunalpolitik; Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen; Kulturausschuß; Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform; Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Donnerstag

Haushalts- und Finanzausschuß; Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz; Hauptausschuß; Ausschuß für Innere Verwaltung; Ausschuß für Wissenschaft und Forschung; Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie; Verkehrsausschuß

Freitag

Ausschuß für Grubensicherheit; Ausschuß für Frauenpolitik; Ausschuß „Mensch und Technik“; Parlamentarische Untersuchungsausschüsse I und II

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 5. Mai, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 2303, 884 2304 und 884 2545, bx: *568 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Sie war die erste, die in ihrer Heimatstadt Bottrop Sprechstunden für die Bevölkerung einrichtete und die Bürgernähe suchte. Ob als Mitglied des Pfarrgemeinderates, als Schulpflegschaftsvorsitzende oder Ratsfrau, Bärbel Wischermann ist für die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort immer da. „Ich habe schon immer gerne mit den Leuten geredet“, sagt die 49-jährige, die 1990 in den Landtag kam und seit 20 Jahren Mitglied der CDU ist. Viele Ämter absolvierte sie ehrenamtlich, bevor sie sich 1974 entschied, „ich mache aktiv mit“. Als Mutter von drei mittlerweile erwachsenen Kindern war und ist sie natürlich auch Ansprechpartnerin in Sachen Kindergarten, und zwar schon lange bevor die Diskussion über dieses Thema öffentlich entfacht wurde. Jugendliche lagen der Pädagogin schon berufsbedingt immer sehr am Herzen. Und so ist es heute nur natürlich, daß die Ratsfrau Schulausschußvorsitzende in Bottrop und zudem Mitglied im Schulausschuß des Landes ist.

Voller Enthusiasmus diskutierte sie jüngst mit Schülern der Oberstufe. „Ich habe einfach Schulen angeschrieben. Das ist so gut angekommen, daß wir es zu einer festen Einrichtung machen.“ „Auch bei uns zu Hause wurde und wird immer heiß diskutiert“, sagt sie im Hinblick auf manch schwierige Frage, die ihr dabei von den Gymnasiasten gestellt wurde. Ohnehin nimmt die streitbare Politikerin kein Blatt vor den Mund, riskiert eher, daß sie sich einmal unbeliebt macht, als anderen Menschen etwas vorzumachen. Ihre Devise lautet „offen und ehrlich und auch einmal verlieren können“. Denn: „Jede Negativ-Erfahrung ist auch eine Form der Persönlichkeitsgestaltung.“ Das wichtigste in der Politik ist für sie neben absoluter Ehrlichkeit Sachkundigkeit und der Vorsatz, „sich selbst treu zu bleiben“.

Sehr viel Spaß macht ihr auch die Arbeit im Petitionsausschuß des Landtags und in der Finanzkommission des Landes. So verhalf sie etwa einer Witwe, die eine Petition einreichte, zu ihrer Rente oder einem Lehrer zu seinem Beamtenrecht. „Auch das baut Politikverdrossenheit ab, wenn die Menschen merken, daß wir uns um sie kümmern.“ Und genau das schreibt sie allen Parteien im Petitionsausschuß auf die Fahne. Schon deshalb wünscht sich Bärbel Wischermann für das Wahljahr 1994, „daß keine Schlamm-schlachten ausgetragen werden, daß es keine Kampfmethoden, verbale Angriffe oder ein Hauen und Stechen gibt.“

Ganz ehrlich gibt Bärbel Wischermann zu, daß das Privatleben bei einer 70-Stunden-Woche leider oft auf der Strecke bleibt. Denn das gehört ihrer Meinung nach ja auch zum Leben dazu. „Ich hätte gerne mal Zeit für einen Marktbummel.“ Und leider würde man von Bekannten oft hören: „Du hast ja doch nie Zeit.“ Zum Glück aber unterstützt ihr Mann ihr politisches Engagement. Abgesehen davon ist Bärbel Wischermann ein Organisationstalent. Und das muß sie angesichts einer Fülle von Ämtern auch sein. Denn sie ist nicht nur seit 1984 Geschäftsführerin des Rhein-Ruhr-Klubs, sondern auch seit 1986



Bärbel Wischermann (CDU)

Beisitzerin der Frauenunion Bezirk Ruhrgebiet sowie Mitglied der Mittelstandsvereinigung der CDU. Die wenige Freizeit nutzt sie für Spaziergänge und ihr Hobby, die Kunstgeschichte. „Ich wollte dieses Fach eigentlich immer studieren“, erzählt sie. Heute profitiert sie immer noch von den Studiengängen ihrer Kinder einmal zusätzlich. Was Bärbel Wischermann macht, macht sie mit Leidenschaft. „Ich war auch gerne Hausfrau und begeisterte Mutter“, erinnert sie sich gerne an die Zeit zurück. Was ist für sie der größte Erfolg in der Politik? „Wenn ich den Bürgern erklären kann, wie schwierig die Politik ist. Wenn ich dafür werben kann, Verständnis für uns zu haben“, sagt die stellvertretende Kreisvorsitzende der Frauenunion in Bottrop.

Zur Situation der Frauen auf dem politischen Parkett meint sie: „Frauen agieren zwar oft im Hintergrund, zerreden aber nicht soviel wie Männer, bringen Themen gezielter auf den Punkt.“ Von der Quotenregelung hält Bärbel Wischermann indes überhaupt nichts. Vielmehr glaubt sie, daß diese den Frauen im Gegenteil auch schadet. Ihre Devise ist: „Derjenige, der der Beste ist, muß auch gewinnen.“ Ein Problem sieht sie allerdings darin, daß heute noch überwiegend Männer Entscheidungsträger sind. Doch auch dies werde irgendwann ad acta gelegt. „Die jungen Leute — ob Mann oder Frau — gehen heute doch schon ganz anders miteinander um.“ Frauen seien auch dazu aufgerufen, einmal durchzuhalten. Sie selbst hat sich das Motto „Das Leben ist so spannend“ auf die Fahne geschrieben. Und so wird sie nie müde, immer neue Wege zu beschreiten. Die führen sie im Urlaub beispielsweise in die Bretagne, die Normandie oder nach Griechenland. Und auch hier ist Bärbel Wischermann stets auf Entdeckungstour. Denn neben dem Fulltimejob Politik sind auch Schlösser und Kirchen ihr großes Steckenpferd.

Andrea C. Stockhausen

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 30. April bis 7. Mai 1994

30. 4. **Wilhelm Krömer** (CDU), 55 J.
 4. 5. **Bärbel Höhn** (GRÜNE), 42 J.
 5. 5. **Franz Püll** (CDU), 67 J.
 6. 5. **Antonius Rösenberg** (CDU), 51 J.
 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 47 J.
 7. 5. **Norbert Giltjes** (CDU), 52 J.

Mayer wurde 60

Manfred Ludwig Mayer (SPD), Mitglied des Präsidiums des Landtags, hat seinen 60. Geburtstag begangen. Der am 11. April 1934 in Magdeburg geborene Berufsberater aus Düsseldorf, zuletzt beim Landesarbeitsamt in der Landeshauptstadt tätig, gehört seit 1980 dem Landesparlament an und ist Mitglied im Rechtsausschuß sowie im Verkehrsausschuß. Manfred Ludwig Mayer war auch vor seinem Mandat öffentlich tätig: von 1965 bis 1980 als Schiedsmann sowie von 1970 bis 1980 als Vorsitzender der Schiedsmannsvereinigung für den Landgerichtsbezirk Düsseldorf. Im gleichen Zeitraum gehörte er dem Rat der Stadt Düsseldorf an. Er ist Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in seiner Heimatstadt.

Professor Dr. Bernhard Schlink aus Bonn, Vorsitzende Richterin am Oberverwaltungsgericht **Dr. Hilde Brossok** aus Münster, **Ernst Pottmeyer**, Lic. phil., aus Münster sowie **Professor Dr. Klaus Stern** aus Köln sind bei der Neuwahl vom Landtag zu Wahlmitgliedern des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Als stellvertretende Wahlmitglieder wählte das Landesparlament Rechtsanwalt **Dr. Heinz Gester** aus Düsseldorf, Richter am Oberlandesgericht **Dr. Horst Ronsdorf** aus Radevormwald, Dr. Peter **Michael Mombaur** aus Haan sowie **Dr. Bernhard Freiherr von Falkenhausen** aus Essen. Der Wahlvorschlag war von 169 Mitgliedern der SPD-Fraktion sowie der CDU-Fraktion unterschrieben worden. Die geheime Wahl wurde erforderlich, weil die Amtszeit der am 21. April 1988 gewählten Mitglieder und deren Stellvertreter für das Verfassungsgericht in Münster nach sechs Jahren am 11. Mai dieses Jahres abläuft. Die Amtszeit der neu gewählten Wahlmitglieder des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs endet am 11. Mai 2000.

★ **Klaus Steffenhagen** ist als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bestätigt worden. Beim Delegiertentag in Bonn erhielt Steffenhagen, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Organisation ist, 95 Prozent der Stimmen.

★ **Dr. Wolfram Köhler** hat von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den Titel eines Honorarprofessors verliehen bekommen. Der Journalist Wolfram Köhler, Mitglied der Landespressekonferenz, der in den vergangenen Jahren auch Beiträge in „Landtag intern“ veröffentlicht hat, berichtete bereits

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Kloster war Wallfahrtsort

Markt in Gräfrath, jetzt im Frühjahr nicht nur ein reizvoller Anblick, sondern wegen des frischen Angebots auch ein Anziehungspunkt für viele Solinger Bürgerinnen und Bürger. Für die Industriestadt Solingen, die durch den Zweiten Weltkrieg und die folgenden Jahre in ihrem städtebaulichen und architektonischen Erscheinungsbild stark verändert worden war, aber auch für den bergischen Raum ist der historische Ortskern Gräfrath ein wertvolles Beispiel einer gut erhaltenen Kleinstadt im Übergang von der handwerklich-bäuerlichen zur industriellen Lebensform. Der nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung, Franz-Josef Kniola (SPD), hat Solingen-Gräfrath in sein seit 1990 laufendes Programm der historischen Ortskerne aufgenommen. Gräfrath zählt damit zu den „kleinen städtebaulichen Schmuckstücken, die sich zur überörtlichen Präsentation eignen“. Gräfrath wurde im Jahre 1135 erstmals unkundlich erwähnt. Zur ursprünglichen Hofanlage kam noch 1185 ein Frauenkloster hinzu, das sich infolge einer wundertätigen Reliquie rasch zu einem Wallfahrtsort entwickelte. Um 1402 wurde die Siedlung, die sich um das Kloster gebildet hatte, zur Freiheit erhoben. Der historische Ortskern von Gräfrath umfaßt heute eine Fläche von 15 Hektar, auf der rund 1000 Menschen wohnen. Der alte Ortsgrundriß hat sich seit 150 Jahren nur geringfügig verändert. Das Ortsbild dominieren zweigeschossige verschieferne Fachwerkhäuser des 17. bis 20. Jahrhunderts mit den typischen bergischen Farben schwarz-weiß-grün.

von 1957 bis 1961 aus Düsseldorf für die Tageszeitung „Die Welt“. Von 1961 bis 1971 arbeitete er als Auslandskorrespondent in Wien, Südosteuropa und Paris und kehrte danach für zehn Jahre als Leiter des Studios des Westdeutschen Rundfunks (WDR) nach Düsseldorf zurück. Von 1981 bis 1987 war Köhler Direktor des Funkhauses Niedersachsen des Norddeutschen Rundfunks

(NDR) in Hannover. Als Publizist hat er zahlreiche Bücher und Aufsätze zur Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Bereits 1961 erschien „Das Land aus dem Schmelztiegel“, eine erste wissenschaftliche Untersuchung des Landes. Seit einigen Jahren hat Wolfram Köhler Lehraufträge für Medienfragen und Rundfunkgeschichte an der Universität Düsseldorf.